

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Auf.

**Abonnementspreis** 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.  
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzeln Nummern 1 Mark.

**Anzeigen** kosten die nebengespaltene Kolonne je resp. deren Raum 1,- Mark.  
Bei 5maliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 25maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98. **Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.** Telegramm-Adresse: **Arbeiterverband Bochum.**

Inverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe. Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Essen.** Druck u. Verlag von **Hausmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 42.** Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

# Preussische Bergleute! Auf zur Landtagswahl!

Was der preussische Landtag für die Bergarbeiter bedeutet, wie er sich seit Jahrzehnten gegen die Bergarbeiterinteressen verhält, das bleibt jedem redlichen Knappen unbergänglich. In der preussischen Regierung erblicken alle arbeiterfreundlichen Sozialpolitiker mit Fug und Recht die Ursache der sozialgesetzlichen Unfruchtbarkeit des Reichstages. Wiederholt ist herausgekommen, daß die preussische Regierung gebremst und verschlechtert hat, wenn von der Reichsregierung einigermaßen volksfreundliche Gesetzesvorschläge gemacht worden sind. Auch die gewerkschaftsfeindlichen Ausnahmeparagraphen des Reichsvereinsgesetzes sind am lebhaftesten von den preussischen Regierungsleuten bekräftigt worden, wie nach Lage der Sache angenommen werden muß, im Interesse der mächtigen Großindustriellen.

Und doch hat diese preussische Regierung sich noch arbeiterfeindlicher gezeigt wie der preussische Dreiklassenlandtag! Sowohl für die Berggesetznovelle vom Jahre 1905 wie auch für die Knappschafftsnovelle vom Jahre 1906 waren die Regierungsvorschläge arbeiterfreundlicher wie die schließlich vom Landtag beschlossenen Gesetze! Mehr braucht man von diesem Parlament nicht zu wissen, um seine beispiellose Bräuterei auch der bescheidensten Arbeiterforderungen ermessen zu können.

Söhnend hat die konservativ-nationalliberale Landtagsmehrheit die besseren Regierungsvorlagen zertrümmert und der Regierung vor die Füße geworfen. Auf die seit Jahrzehnten erhobenen Forderungen und Klagen der Bergarbeiter haben die großkapitalistischen und junkerlichen Wortführer im Landtag mit blutigem Spott und empörender Beschimpfung geantwortet! Kein Arbeitervertreter war im Landtage, der diesen Arbeiterbeschimpfern rücksichtslos entgegentreten konnte!

Zu Hunderten und Tausenden werden alljährlich die Grubenarbeiter im Betrieb verkrüppelt und zerstückelt. Ein Massengrab reiht sich an das andere! Blumenthal, Siberula, Karolienklück, Ballerin, Borussia, Neben, Mathildenschacht, Wrangelschacht — wir könnten der Massenunglückschächte noch viele nennen, wo Wetterschlag, Brand oder andere schreckliche Katastrophen vielen, vielen braven Bergleuten und Familienvätern das Leben geraubt haben! Noch viel größer ist die Zahl der Kameraden, die alljährlich, einer nach dem anderen, einen qualvollen Verstoß erleiden. Was hat das Schmerzengeschehen der massenhaften Industrieopfer, was hat das herzzerreißende Jammer der Witwen und Waisen an dem Verhalten des Dreiklassenlandtages geändert? Gar nichts! Die Arbeiterforderungen für eine bessere Grubensicherung sind einfach in den Papierkorb geflogen! Obendrein wurden die unglücklichen Grubenopfer noch beschimpft über das Grab hinaus, sie seien selbst schuld an ihrem Sterben!

Durch die Berichte der Knappschafftskassen ist längst nachgewiesen, daß die Bergarbeitergesundheit in der entsetzlichen Weise zertrümmert wird, der Knappenstand immer mehr dem Siedtum, der frühzeitigen Invalidität verfällt. Welchen Eindruck hat das auf das Dreiklassenparlament gemacht? Gar keinen! Die Arbeiterforderungen hinsichtlich einer gesetzlichen Verkürzung der Schichtzeit, eines verstärkten Schutzes der Arbeitergesundheit sind hohnlachend in den Papierkorb geworfen worden! Obendrein wurden die kranken und invaliden Knappen beschimpft, sie seien Simulanten, wollten sich faule Tage machen, hätten keine Lust zur Arbeit.

Nachdem 50 Jahre lang die Knappschafftskassenverwaltung in den Händen der Zechenbesitzer gelegen hatte, und, wie sogar regierungsseitig bestätigt worden ist, trotz wiederholter Verkürzung der Krankennunterstützung, Invalidenpensionen, Witwen- und Waisengelder die Knappschafftskassen vielfach am Rande des Bankrotts standen — weil die Zechenbesitzer zu wenig Beiträge leisteten — sind dennoch die bescheidenen Arbeiterforderungen bei Schaffung des neuen Knappschafftsgesetzes nicht erfüllt worden. Söhnend auf alle Gerechtigkeit, hat der preussische Landtag ein Gesetz fabriziert, das den herrschenden Zechenbesitzern abermals die Kürzung der Krankennunterstützung, der Invalidenpensionen, Witwen- und Waisengelder ermöglichte! Es wurde die Möglichkeit geschaffen, gerade den bedürftigsten Invaliden die Kindergelder zu entziehen! Die Regierung schlug das geheime Verstecken-

wahlrecht vor. Der Landtag hat diesen Vorschlag gestrichen und außerdem den Invaliden das uralte passive und aktive Wahlrecht geraubt! Schlimmer konnte den Knappen nicht mitgespielt werden.

Steine statt Brot haben die Bergarbeiter vom preussischen Dreiklassenparlament erhalten! Hohn und Beschimpfung statt Schutz und Gerechtigkeit! Einen Faustschlag ins Gesicht nach dem anderen hat diese sogenannte „Volksvertretung“ gerade den Bergarbeitern versetzt!

Deshalb ist es nun gerade für die mißhandelten Bergarbeiter Preußens an der Zeit, auf die Faustschläge zu quittieren. Der Tag der Landtagswahl naht heran! Der Tag der Vergeltung ist der 8. Juni 1908! An dem Tage werden die Wahlmänner gewählt, die am 16. Juni die Landtagsabgeordneten zu wählen haben. Wie das Wahlverfahren ist, darüber finden die Kameraden an anderer Stelle dieses Blattes genaue Belehrung.

Der Bergarbeiterverband stellt keine Kandidaten auf, das ist Sache der politischen Parteien. Aber wir verlangen unbedingt von jedem wahlberechtigten Kameraden, daß er sich an der Wahl beteiligt. Und zwar in einer Weise, die dem Interesse der vom Landtage vernachlässigten und mißhandelten Bergarbeiter entspricht. Klar und deutlich lautet das Wahlprogramm jedes denkenden Kameraden:

- 1. Keine Bergarbeiterstimme darf Kandidaten gegeben werden, die Feinde des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sind!
- 2. Kandidaten, die selbst, oder deren Partei bei der Beratung der Bergarbeiterbeschützungs- und der Knappschafftsnovelle die bekannten Verhöhnungsanträge gestellt und durchgedrückt haben, dürfen keine Bergarbeiterstimme erhalten!

Wer nach diesem Programm handelt, der entspricht dem Interesse des gesamten werktätigen entrechteten Volkes und vertritt insbesondere die geplagte Bergarbeiterklasse! Wer gegen dieses Programm handelt, verrät das Volk und schädigt besonders schwer die Interessen der Bergarbeiterklasse.

Preussische Bergarbeiter! Großkapitalisten, Junker und ihre Helfershelfer werden versuchen, euch einzuschüchtern mit dem öffentlichen Wahlverfahren oder irre zu führen mit allerhand Wahlmanövern. Was durch Ubertölpelung des Volkes zustande kommt, dafür ist die gewerkschaftsfeindliche Blockmehrheit des neuen Reichstages wohl ein abschreckender und aufklärender Beweis genug. Einmal sind die Wähler auf den nationalen Keim gerichtet, wer es nochmals tut, macht sich lächerlich. Wer aus der Vereinsgesetzdebatte im Reichstag gelernt hat, der ist gewarnt!

Preussische Bergarbeiter! Ihr habt in zahlreichen Wahlbezirken den Ausschlag zu geben. Dort liegt es an euch, ob Volksfeinde oder Volkstreue gewählt werden. Besucht die Wählerversammlungen, abonniert und leset die Arbeiterpresse, damit ihr wißt, wie ihr euch im einzelnen zu verhalten habt. Seid eingedenk, daß alle freiheitsfreundlichen Volksgenossen gerade von den Bergarbeitern eine fleißige Wahlagitator und eine starke Wahlbeteiligung erwarten müssen! Ihr seid am meisten mißhandelt, ihr müßt deshalb am wichtigsten die betgeltende Antwort am Wahltag geben!

Heran, du Mann der Bergarbeit! Heran in massigen Kolonnen zum Wahltag am 8. Juni! Wir gerechnen das Joch der öffentlichen Stimmenabgabe durch den drohenden Tritt der Bergarbeiterkolonnen! Wer will den heranmarschierenden Zehntausenden etwas anhaben? Frei und furchtlos wie in den gewaltigen Kampfsjahren 1889 und 1905 werden die Knappen ihre Meinung bekennen müssen! Je wichtiger, desto wirkfamer als Protest gegen die Verhöhnung des Bergarbeiterbeschützungs- und des Knappschafftsgesetzes.

Preussische Bergarbeiter! Auf zur Landtagswahl! Bis zum letzten Wahlberechtigten! Herangeht die Säumigen! Nehmt die Zaghaften in eure Mitte! Bahnt der Freiheit eine Gasse! Alle Volkstreue verlassen sich am Wahltag auf euch! Es blickt auf euch die Gegenwart! Und die Zukunft wird die Tapferen loben! Glück auf zum Siege der Gerechtigkeit!

## Bayerns Bergbau im Jahre 1907.

Bayern gehört zu jenen bergbautreibenden Staaten, die auf keine so glänzende Entwicklung des Bergbaues zurückblicken können. Immer aber wird erst die Zukunft zeigen können, ob diese Verfassung der Bergbauproduktion nur einzig und allein auf die Mineralarmut Bayerns zurückzuführen ist. Sehen wir von dem kleinen Kohlenbergwerk in Stochheim (Oberfranken) ab, so beschränkt sich der Steinkohlenbetrieb auch heute nur noch auf Oberbayern und die Pfalz. Hier aber dehnen sich die Anlagen räumlich auf ziemlich weite Gebiete aus. Wir können jetzt nicht nachprüfen, inwieweit ein Zusammenhang abbauwidriger Kohlenfelder hier zu finden ist. Wie gesagt, die Zukunft wird uns erst den nötigen Aufschluß geben.

Im Jahre 1901 wurden in Bayern (nach den Berichten der Berginspektoren) 1208 812 Tonnen Steinkohlen im Werte von 14 021 510 Mark gefördert, im Jahre 1907 1 487 665 Tonnen im Werte von 17 694 772 Mark.

Rapider entwickelte sich in den letzten Jahren der Braunkohlenbergbau. 1901 wurden gefördert 25 454 Tonnen im Werte von 96 857 Mark, 1907 betrug die Förderung 207 743 Tonnen, im Werte von 553 985 Mark. Hauptächlich erstreckt sich der Braunkohlenbergbau auf den Verwerksinspektionsbezirk Bayreuth, in der Gegend von Bischofsheim, Eichhofen, Detlingen usw. Da die verarbeitete Braunkohle ein gesuchtes Produkt ist, so dürfte sich dieser Industriezweig in den nächsten Jahren noch ganz besonders stark entwickeln, umso mehr als es an abbaufähigen Braunkohlenfeldern nicht mangelt.

An Eisenerzen wurden 1901 158 960 Tonnen, im Werte von 729 778 Mark und 1907 276 975 Tonnen, im Werte von 2 343 080 Mark gefördert. Die Gesamtproduktion der Bergwerke und der unterirdischen Steinbrüche und Gräberien betrug 1907 2 281 358 Tonnen, im Geldwerte von rund 23 350 607 Mark, gegen 1 977 017 Tonnen, im Werte von rund 19 620 000 Mark im Jahre 1906. Wir sehen, wie besonders stark gerade das letzte Jahr an der Bergwerksentwicklung gewesen ist, immerhin bleibt Bayern in der Entwicklung weit hinter anderen Bergbaubezirken Deutschlands zurück.

Die Arbeiterzahl in den Bergwerken hat sich seit 1901 um rund 2000 Köpfe vermehrt. Es waren 1907 beschäftigt auf 13 Steinkohlengruben 8 278, 7 Braunkohlengruben 692, 34 Erzgruben 1127, 1 Steinschlagbergwerk 104 Personen, zusammen

55 Bergwerke mit 10 201 Personen. Ferner waren noch beschäftigt in 281 unterirdischen Steinbrüchen und Gräberien 1644 Personen, sodaß 1907 insgesamt 11 845 Personen in den Bergbaubetrieben Bayerns beschäftigt wurden. Unter diesen befanden sich 556 erwachsene Arbeiterinnen, 334 Knaben von 14—16 Jahren, 2 Knaben von 13—14 Jahren, 51 Mädchen von 14—16 Jahren und 2 Mädchen von 13—14 Jahren.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter hat sich in den letzten Jahren nur wenig verändert, immerhin ist sie hoch genug, daß sich die bayerische Gesetzgebung doch einmal näher, besonders mit der Arbeiterinnenfrage, auf den Gruben beschäftigten sollte. Die bestehende überaus lange Arbeitszeit für die Arbeiterinnen (6—6 Uhr inklusive zwei Stunden Pause) wie auch die schwere oft ungesunde Arbeit drängen auf Abhilfe. Freitlich sind Frauen billiges Menschenmaterial, speist man die Frauen doch für Arbeiten, die anderswo von kräftigen Männern gemacht werden, mit halbem Lohn ab. Den größten Anteil an der Frauenarbeit hat die Oberbayerische Akt.-Ges. für Steinkohlenbergbau.

Die Löhne der Arbeiter haben fast durchweg eine Steigerung erfahren. Nach den Ergebnissen der Knappschafftsberufsgenossenschaften betragen sie durchschnittlich auf einen Versicherten:

Jahr	Mk.	Jahr	Mk.
1901	1014,02	1904	1066,74
1902	1024,21	1905	1071,99
1903	1050,45	1906	1115,92

und 1907 1182,85 Mk.

Nur auf einigen Tongruben in Gettenleidsheim und Mingenberg erhebt sich der Tagesdurchschnittsberdienst für Hauer auf über 5 Mark.

Es verdienen durchschnittlich täglich die Hauer auf der Oberbayerischen Akt.-Ges. 4,66 Mk., auf der Königl. Steinkohlengrube Reichenberg 4,48 Mk., auf der Kohlengrube Marienstein 4,45 Mk., St. Zsigbert 4,96 Mk., Mittelberbad 4,42 Mk., Frankenholz 4,38 Mk., Brettenbad 4,05 Mk., Steinbach 4,05 und in Stochheim 3,07 Mk.

Schlechter stehen sich die Bergarbeiter auf den Braunkohlengruben und schlimmer noch auf den Erzgruben wie auf den anderen Bergwerksbetrieben. Hier stoßen wir auf Hauerlöhne bis zu 1,80 Mk. pro Schicht herab.

Arbeit nieder und stellten gleichzeitig Lohnforderungen; dasselbe geschah in Penzberg, wo sich die Belegschaft mit den Arbeiterinnen solidarisch erklärte und auch in den Streik trat. Das Berggewerbe gericht München wurde als Eingangsamt angerufen und es kam denn auch nach mehreren Sitzungen eine Einigung zustande. An den Verhandlungen nahmen als Vertreter der Arbeiter auch Vertreter des Bergarbeiterverbandes teil.

Beteiligt war der Bergarbeiterverband auch an dem Streik der Braunkohlengruben auf der Grube Gaidhof. Der Streik dauerte vom 6. Juli bis zum 12. August und war an ihm sozusagen die gesamte Belegschaft (104 Mann) beteiligt. Auch dieser Streik wurde zugunsten der Arbeiter beendet.

Unfälle, die entschädigt werden mußten, ereigneten sich im Jahre 1907 im ganzen 135 oder 11,40 pro Tausend Versicherte gegen 108 oder 9,86 pro Tausend Versicherte im Jahre 1906. Von den 135 Unfällen verletzten tödlich 21 und zwar auf den Steinkohlengruben 13 = 0,157 Proz., auf die übrigen Betriebe 8 = 0,224 Proz.

Fast sämtliche Betriebe wurden einmal und mehr im Jahre 1907 einer Befahrung unterworfen; wiederholt wurden wie bisher die Arbeitervertreter zur Grubenbefahrung und Unfalluntersuchung herbeigezogen. So meldet der Königl. Bergrevierdeputierte in München noch, daß auf einer Kohlengrube der Arbeiterauschuss um umgehende Revision der Grube unter Herbeiziehung von Arbeitervertretern ersucht habe, da auf der Grube eine neu eingeführte Abbaumethode die Sicherheit der Arbeiter gefährde. Die Revision ist erfolgt und es wurden dann auch die nötigen Anordnungen für die Sicherheit des Betriebes getroffen. Wir sehen für den Arbeiterauschuss sich ein Feld der Tätigkeit erschließen, wie es nur zu begrüßen ist. Wir sagen nicht zu viel, wenn wir hier feststellen, daß unsere Verbandskameraden in den Arbeiterauschüssen in Oberbayern schon seit Jahren nach vielen Seiten hin gerade vorbildlich wirken. Mögen sich die Ausschüsse anderer Reviere ein Beispiel daran nehmen. Freitlich können die Ausschüsse auch so nur wirken, wenn sie das Vertrauen der Belegschaften besitzen und wenn sie selbst aus dem Holze geschichtet sind, wie es sich für geradlinige und aufrichtige Männer gehört. Wie jämmerlich stehen demgegenüber z. B. die übergroße Mehrzahl der Arbeiterauschüsse im Ruhrbezirk. Diese besitzen nicht das Vertrauen ihrer Kameraden, und darum sind sie bedeutungslos, wie ihnen das auch von den preussischen Berginspektoren attestiert wird. An diesem Zustand ändert auch nichts die fortgesetzte Verhöhnung der Arbeiterauschüsse durch den

**Gewerkschaften, christlicher Bergarbeiter.** Anders wird es im Ruhrbecken ausfallen, wenn der Bergarbeiterverband die Arbeiterausschüsse in ihrer Mehrheit besitzen wird, was ja wohl in nicht allzulanger Zeit erfolgen wird. Den bayerischen Kameraden rufen wir zu, so nur weiter fortzuführen, wie es bisher geschehen ist.

Selbstverständlich spielt auch eine Rolle mit das Entgegenkommen der Bergbehörden selbst, so wie wir es in Oberbayern recht oft erleben. In Preußen haben wir das nicht, was sich bezüglich der Gewerbe- und Berginspektoren unterhalb der Maßnahme zeigt. Ein sehr großer Teil preussischer Berginspektoren gehört zu den enträglichen Scharmachern, die sich etwas vergeben, sollten sie den Wünschen der Arbeiter in solcher Weise Rechnung tragen, wie wir es in den süddeutschen Verächten sehr oft lesen können. Für den, der die Verächte der Gewerbe- und Berginspektorenberichte zu lesen hat, ist es nicht uninteressant, Nord und Süd zu vergleichen.

Damit ist gewiß nicht gesagt, daß unsere bayerischen Kameraden sich nun ruhig schlafen legen können. Das Entgegenkommen der Behörden haben sie der Wachsamkeit und Mithrätigkeit der Arbeiter zu verdanken, nicht anders. Aber auch so ist zum Schlafen keine Zeit. Was in Bayern auch vieles vorhanden sein, was sich in anderen Bergrevieren nicht vorfindet, es äußern sich auch wieder Forderungen auf den bayerischen Gruben, wie sie anderwärts schon längst abgeschafft sind. Die Wägen wie die Behandlung auf den Gruben sind nicht die besten; schlimmer kann die Bevormundung auch im naheliegenden Saarrevieren wie in der Pfalz nicht sein. Auf manchen zum Bergbau gehörenden Betrieben fehlen Knappschaftskassen, diese selbst sind in Bayern äußerst zerstückelt und wirken vielfach arbeitserschwerend. Es gibt in Bayern bei geringen Wägen lange Arbeitszeiten und es herrscht noch die schlecht bezahlte Frauenarbeit. Nichts merkt man anlässlich der Frauenarbeit von dem Grundgesetz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Also Kameraden in Bayern, an Arbeit, um bessere Zustände zu schaffen, fehlt es wahrhaftig nicht. Geld darum auf dem Posten und stärkt euren besten Beschäftigten, den Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

**Zur Reform der Berginspektion.**

**Können die Bergarbeiter zur Bergbehörde Vertrauen haben?**

Vor dem Berggewerbegericht Bochum-Süd fand am 28. April eine Verhandlung statt, die einen recht tiefen Einblick in die Verhältnisse des Bergbaus gewährt. Der Bergmann W. aus Höntrup war auf Begehr General beschuldigt. Wer nicht näher mit den Verhältnissen dieser Begehr bekannt ist, dem sei gesagt, daß es wohl keine Begehr im Ruhrgebiet gibt, auf der eine solche Vorkerwärtigkeit herrscht, als auf Begehr General. W. glaubte nun die Abstellung der Mithstände am besten bewerkeln zu können, wenn er der zuständigen Bergbehörde von diesen Sachen Mitteilung machte. Zu diesem Zwecke richtete er an den Bergmeister Wolf (der auch Vorsitzender des Berggewerbegerichts Bochum-Süd ist) einen Brief, worin er die Zustände schilderte. Kurze Zeit darauf wurde ihm eine andere Behandlung zuteil, er wurde nämlich nach allen Regeln der Kunst geprügelt. Von der einen Arbeitsstelle wurde er in die andere gesteckt — überall natürlich ein „Straflohberg“ — und als er infolge dessen nach Ansicht der Verwaltung nicht genug leistete, wurde er auf Knall und Fall entlassen. W. richtete darauf Klage beim Berggewerbegericht ein. Nach Einlegung der Klage erhielt er per Post den Lohn für sechs Schichten zugesandt. Vor dem Berggewerbegericht erklärte W., daß er seinen Klagenanspruch auf 108 Mk. erhöhe. Da die Begehr ihn mitten im Monat auf die Straße gesetzt habe, so habe er infolge der Sperre keine Aussicht, irgendwo Arbeit zu erhalten. Dies gehe auch schon aus der Beurteilung des Steigers Kruse hervor, der gesagt habe: W. bekommt keine Arbeit mehr im Ruhrrevier, höchstens nur bis zum 15., dafür ist gesorgt.

Der Kläger schilderte recht drastisch die ihm zugefügte Behandlung. Als er auf den Brief zu sprechen kam, bemerkte der Vorsitzende: „Also Sie wozu es? Der an mich den Brief gerichtet hat?“ Der Kläger erklärte, daß er durch den Umstand, daß die Begehr von diesem Schreiben und seinem Verfasser Kenntnis erhalten habe, aus der Arbeit gekommen sei. Er habe in keiner Weise durch sein Betragen der Begehr Gelegenheit gegeben, ihn sofort zu entlassen. Dies sei schon dadurch bewiesen, daß die Begehr ihm die sechs Schichten ausbezahlt habe. Durch diese Handlungsweise sei er in seinem Fortkommen ganz empfindlich geschädigt, wofür er die Begehr verantwortlich mache.

Hier ist wieder einmal der Beweis für die Wertlosigkeit, ja für die Gefährlichkeit des „Beschwerderechts“ der Bergarbeiter gegeben. Werden Mithstände in der Presse behandelt und kommt es eventuell zu einem Prozeß, dann wird den in Betracht kommenden Bergleuten gewöhnlich die Frage vorgelegt oder gar der Vorwurf gemacht: „Warum beschwerten Sie sich nicht bei dem zuständigen Bergamt?“ Was einer dabei riskiert und wie berechtigt das Mißtrauen der Bergarbeiter gegen die Bergbehörde in solchen Angelegenheiten ist, läßt dieser Fall wieder einmal recht klar erkennen!

Das Gericht kam zur Abweisung der Klage. Der Vorsitzende führte aus, daß der Begehr über die sechs Schichten hinaus keine Verpflichtung

zum Schadenersatz oblige. Ob der weitergehende Anspruch berechtigt sei, darüber habe das Berggewerbegericht nicht zu entscheiden, denn für eine solche Klage sei das Berggewerbegericht nicht zuständig. (?) Es wird natürlich Berufung an das Landgericht erhoben werden.

**Aus den Bergschiedsgerichten.**

**Zeitzig, 24. April.** Als Vorsitzender fungierte Dr. Wetgelt, Freilberg. Seitens der Bergwerksbesitzer nahmen als Stellvertreter: Direktor Böhmer, Großschiffen, Betriebsführer G. Rose, Giesfeld. Die Bergleuten vertraten Hauer B. Thomaß, Kierlich, Hauer Hermann Biedann, Frohburg. Zur Verhandlung stand: 1. Die Berufung des Obersteigers Meinel, Schenkling, gegen den Beschäftigt der Knappschafts-Vereinsgenossenschaft Sektion VII in Ewaldau. Meinel hat am 12. März 1907 auf Grube Gotteslegen Schenkling beim Befahren einen Unfall dadurch erlitten, daß ihm in einem beleuchteten Bruchort ein Stück Stützbohle (Stützbohle) auf den Kopf gefallen ist. Auf Grund des eingetragenen Gutachtens von Herrn Dr. Müller, Grimma, hat die Berufungsgenossenschaft den Antrag Meinel auf Rente abgelehnt. Die Berufungsgenossenschaft hat für Meinel keine günstigen Schlichte, keine angeführten Zeugen können sich eines Unfalles nicht entziehen, mit Ausnahme des Zeugen Stern. Das Urteil lautet: Die Berufung wird zurückgewiesen. Meinel bezieht jetzt Rente von der Allgemeinen Knappschafts-Pensionskasse. 2. Der Grubenarbeiter Ehardt, Breitingen hatte ebenfalls gegen den Beschäftigt obengenannter Berufungsgenossenschaft Berufung eingelegt. Die Parteien schlossen folgenden Vergleich: Die Beklagte verpflichtet sich, dem Kläger vom 1. März 1908 ab bis auf weiteres noch 10 Proz. der Vollrente zu gewährleisten und die besonderen Kosten des Rechtsstreits zu übernehmen. Der frühere Bergarbeiter Rudolf, Wählig hatte einen Unfall an der rechten Hand, auf dem von Giesfeldschen Braunkohlenwerke bei Weindorf erlitten, wofür ihm anfangs eine Rente von 60 Proz., später eine solche von 40 Proz. der Vollrente gewährt wurde. Nach dem Gutachten des Herrn Dr. Walter, Frohburg vom 4. Januar 1908 wird eine weitere Rente von 80 Proz. empfohlen. Wegen dem Beschäftigt der Knappschafts-Vereinsgenossenschaft, die Rente von 40 auf 80 Proz. zu erhöhen, legte Rudolf Berufung ein, die aber vom Bergschiedsgericht zurückgewiesen wurde, mit der Begründung, daß eine wesentliche Besserung anzunehmen sei, der Kläger könnte mit gutem Willen schon Arbeit finden. Zu bemerken ist, daß oft Bergleute die Meinung vertreten, die entfallenden persönlichen Kosten (Fahrgeb) usw., würden ihnen ohne weiteres ersetzt. Diese Meinung ist irrig. Im Königreich Sachsen gibt es keine Entschädigung. Diese Erfahrung mußte der obengenannte Ehardt, Breitingen auch wieder machen und konnte er sich nicht recht darüber aufzuregen.

**Nachrichten aus der Montanindustrie.**

**Wer schafft das Geld zutage?**

Die „Bergwerks-Zeitung“ berechnet für 1907 den Verkaufswert aller deutschen Bergwerkserzeugnisse in Höhe von 242,61 Millionen Tonnen Kohle, Erze aller Art, Salze aller Art usw. auf **1844,91 Millionen Mark!** In Wirklichkeit ist die Summe noch höher. Das Unternehmerblatt schreibt:

„Es stellte sich die Förderung in 1000 Tonnen von“

	1895	1900	1907
Steinkohle	70 109	187 118	148 188
Braunkohle	24 788	54 410	62 559
Kohle	108 057	101 587	205 727

Während die gesamte Kohlenförderung der Menge nach in den letzten zwölf Jahren sich beinahe verdoppelt hat, hat der Verkaufswert am Ursprungsort sich um mehr als das anderthalbfache erhöht. Der Preis der Steinkohle stieg 1895 pro Tonne auf 8,81 Mk., 1907 aber auf 9,74, der von Braunkohle 1895 auf 2,84, 1907 auf 2,50 Mk. Der Preis der Tonne Steinkohle ist also unvergleichlich stärker gestiegen als der von Braunkohle. Die Steinkohlenpreise sind in den verschiedenen Förderbezirken sehr voneinander abweichend, doch ist in allen eine Steigerung gegen 1900 eingetreten. Es betrug nämlich der Verkaufswert am Ursprungsort für eine Tonne Steinkohlen in Markt:

	1000	1907
im Oberbergamtsbezirk Breslau	7,75	8,78
im Oberbergamtsbezirk Dortmund	8,78	9,52
in Elsaß-Lothringen	10,77	11,40
im Königreich Bayern	10,00	11,88
im Oberbergamtsbezirk Bonn	11,21	11,98
im Königreich Sachsen	11,04	12,04

In weitem Abstand hinter dem Kohlenbergbau folgt die Gewinnung von Erzen. Die Fördermenge betrug 1907 29,61 Millionen Tonnen gegen 28,02 im Jahre 1906. In ihr waren 1906 29,73 Millionen Eisenerze enthalten, 1907 27,70. Die Fördermenge der übrigen Erze stellte sich auf 1,88 Millionen Tonnen im Jahre 1906, auf 1,91 im letzten Jahre. Der Durchschnittswert einer Tonne Eisenerz stellte sich im letzten Jahre auf 4,80 Mk. gegen 3,84 im Jahre 1906. Außer Kohlen und Erzen bleiben noch als dritte Gruppe der Bergwerkserzeugnisse die Salze, deren Förderung etwas über 7 Millionen Tonnen mit einem Wert von 72,70 Mill. Mk. betrug. Die Gewinnung von Steinsalz machte 1 285 137 Tonnen aus, die von Kalisalz 5 749 367. Als letzte Gruppe bleiben noch einige Bergbauzeugnisse übrig, von denen wir noch Asphalt und Erdbitumen nennen wollen. — Die Asphaltgewinnung

ist auch seiner Steuer nach in der richtigen Klasse aufgeführt ist. Die Listen werden nämlich zweimal öffentlich ausgelegt. Sofort nach der Auszeichnung der Wahl ist ein Verzeichnis der Urwähler, also aller stimmberechtigten Wähler, anzufertigen, in dem bei jedem Namen der Steuerbetrag angegeben wird, den der Urwähler bezahlt. Dieses Verzeichnis muß drei Tage lang öffentlich ausliegen. Dies wird in ordnungsgemäßer Weise bekannt gemacht. Einspruch gegen etwaige Fehler sind innerhalb drei Tagen bei dem Bürgermeisterrat zu erheben. Das ist bei Auslage dieser ersten Liste nötig, da nur diese für die Wahlberechtigung maßgebend ist. Ist diese erste Liste nun berichtigt, dann wird die zweite ausgelegt, die die Einteilung der Urwähler in die drei Klassen enthält. Sie muß ebenfalls drei Tage offen liegen. Einspruch kann jetzt nur der Urwähler erheben, dessen Name in der ersten Liste stand, und zwar nur gegen eine Eintragung in eine falsche Klasse. Aus der Abteilungsklasse, in der ja die Klassen nach den Steuerstufen begrenzt sind, kann jeder sehen, in welcher Klasse er wählen darf.

**Die Wahl zum preussischen Abgeordnetenhaus.**

**1. Wer ist Wahlberechtigt?**

Jeder selbständige Preuße, der das 24. Lebensjahr vollendet hat, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, keine Gemeindefürsorge erhält und sechs Monate in der Gemeinde seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, ist stimmberechtigter Urwähler. Ein eigener Haushalt ist nicht nötig; es können also auch Schlafkinder, Kostgänger, Diensthofen usw. ihre Stimme abgeben. Während bei der Reichstags- und Gemeindefürsorge der Armenunterstützung erhält, nicht wahlberechtigt ist, wenn er diese in dem Laufe des vorausgegangenen Jahres erhalten hat, ist er bei der Landtagswahl nur dann nicht wahlberechtigt, wenn er zur Zeit der Aufstellung der Wählerliste von der Armenverwaltung unterstützt wird. Da nur der Preuße, nicht aber der Angehörige eines anderen Bundesstaates wahlberechtigt ist, so mögen alle in Preußen anfassigen Nichtpreußen darauf aufmerksam gemacht sein, sich so rasch als möglich noch in den preussischen Staatsverband aufnehmen zu lassen. Um etwaigen Forderungen vorzubeugen, möge noch einmal wiederholt werden, daß jeder Preuße wahlberechtigt ist, daß die Wahl also allgemein ist und daß der Wähler, ohne irgend welche Staats- und Gemeindesteuern zu bezahlen, seine Stimme abgeben kann. Durch die Höhe der Steuern wird nur die Klasseneinteilung bestimmt.

**2. Wie wird gewählt?**

Die Wahl ist indirekt. Zuerst wählen die Urwähler, d. h. alle Wahlberechtigten, die Wahlmänner in besonderen Versammlungen, und dann ebenso in besonderen Versammlungen wählen die Wahlmänner die Abgeordneten. Zum Zwecke der Urwahl werden Wahlbezirke gebildet; in einem solchen dürfen nicht weniger als 750 und nicht mehr als 1740 Seelen vorhanden sein. So weit es möglich ist, müssen die Wahlbezirke so gebildet werden, daß die Zahl der in jedem derselben zu wählenden Wahlmänner durch drei teilbar ist.

**3. Klasseneinteilung.**

Die Wahl ist in 3 Klassen, die nach dem Steuerbetrag gebildet werden, absteigend. Über die Urwähler werden nicht für die ganze Gemeinde, wie es früher gemeinlich ist, sondern für jeden Wahlbezirk in drei Klassen geteilt. Bei der letzten Wahl waren es z. B. in Köln 262 Wahlbezirke, diesmal werden es noch viel mehr sein. Diese Einteilung geschieht folgendermaßen: Sämtliche Wähler eines Wahlbezirks werden nach der Höhe ihrer Steuerleistung untereinander geschichtet, an letzter Stelle stehen die, welche keine Steuer bezahlen; diese werden mit einer fingierten (als bezahlt angenommenen) Steuer von 3 Mark eingestuft. Man nennt sie daher auch wohl fiktiv die Dreimarckmänner. Dann wird die ganze Steuerleistung zusammengezählt und durch drei geteilt. Das erste Drittel, das die meist weniger Höchststeuerer umfaßt, bildet die erste Klasse, die zweite Klasse besteht aus denen, die die nächst niedrigeren Steuererträge bis zur Grenze des zweiten Drittels zahlen, und alle übrigen bilden die dritte Klasse.

**4. Die Urwählerlisten.**

Wie bei den anderen Wahlen muß jeder Wähler sich vergewissern, daß sein Name in der Wählerliste steht, aber nicht nur davon, sondern

\*) Wir bitten unsere Leser dringend, diese Bestimmungen für die Landtagswahl, die so bestimmt genug sind und vielen nicht nötig bekannt sein werden, anzubehalten.

stieg von 117 412 Tonnen im Jahre 1906 auf 126 640 im Jahre 1907, die Erdbitumenmenge von 81 350 auf 108 870 Tonnen. Der Verkaufswert einer Tonne Erdbitumen hat sich von 61,91 auf 63,83 Mk. erhöht. Berechnet man den Verkaufswert aller deutschen Bergwerkserzeugnisse für das Jahr 1907, so ergibt sich, daß die 242,61 Millionen Tonnen einen Wert von 1844,91 Millionen Mark hatten, während die 227,15 Millionen Tonnen des Jahres 1906 nur 1887,12 Millionen werteten. Der Durchschnittswert einer Tonne stieg von 7,28 Mk. im Jahre 1906 auf 7,80 Mk. im vergangenen Jahre. Trotz der Steigerung der Fördermenge ist die Zahl der Bergwerksbetriebe fortgesetzt zurückgegangen. Sie war am höchsten im Jahre 1878, wo 4818 Hauptbetriebe gezählt wurden, 1905 waren es nur noch 1862. Für 1907 liegen die Nachweise über die Zahl der Betriebe noch nicht vor. 1878 förderte ein Betrieb durchschnittlich 12 522 Tonnen, 1905 dagegen 110 415. Die mittlere Belegschaft ist von 289 756 im Jahre 1878 auf 661 810 im Jahre 1905 angewachsen. Auf einen Betrieb kamen 1878 rund 67, 1905 aber 355 Arbeiter. Die Leistung eines Arbeiters stellte sich 1878 im Durchschnitt auf 180, 1905 aber auf 311 Tonnen. Der Wert dieser Leistung betrug nach den Verkaufspreisen am Ursprungsort 1848 Mk. im Jahre 1878, dagegen 1905 2148 Mk. Seit 1905 bewegte sich Menge und Wert der Förderung im deutschen Bergbau wie folgt:

	Menge in 1000 T.	Wert in Mill. Mk.
1895	120 204	708,5
1900	174 667	1 203,2
1905	205 598	1 417,7
1906	227 146	1 637,1
1907	242 609	1 844,0

Wer schafft das Geld zutage? Wir stellen fest, daß nun auch das Unternehmerblatt schreibt, die Arbeiterleistung sei in allen gemein in stark gestiegen. Von den Milliarden, die dem Erdbergbau entnommen werden, haben Personen, die keinen Finger krümmen machen zu produktiver Arbeit, sich künstliche Vermögen zusammengehäuft, während der Bergarbeiter so arm wie eine Kirchenmaus blieb.

**Die Ausbeutung in Oberschlesien hat keine Grenzen.**

Vor einigen Wochen schrieb die „Gazeta Robotnicza“ daß Oberschlesien das Paradies für die Kapitalisten, die Hölle aber für die Arbeiter bedeutet. Pflichtgemäß widerlegt diesem der kapitalistische „Arbeiterfreund“ in Katowitz. Er sagt es ist nicht so. Den „Arbeiterfreund“ brauchen wir nicht zu überzeugen, der weiß es am besten wie die Dinge liegen, aber unseren Kameraden wollen wir hiermit durch ein paar Zahlen beweisen, wie sie ausgebeutet werden. Mögen diese paar Ziffern zur Aufklärung der Schlafenden dienen.

**In den ober-schlesischen Gruben und Hütten waren beschäftigt im Jahre**

1904	147 882	Werg- und Hüttenarbeiter
1905	154 741	das sind mehr 6850 Mann
1906	162 800	„ „ „ „ „ 8059 „
1907	172 088	„ „ „ „ „ 9286 „

**Der Wert der Produkte (Kohle, Eisen, Zink usw.) betrug im Jahre**

1904	523 572 398	Mk. oder 8 540 Mk. pro Arbeiter jährlich
1905	581 746 441	„ „ „ „ „ 8 759 „
1906	663 398 246	„ „ „ „ „ 4 074 „
1907	745 462 026	„ „ „ „ „ 4 338 „

**An Arbeitslöhnen wurde ausgezahlt im Jahre**

1904	138 382 844	Mk. oder 915 Mk. pro Arbeiter jährlich
1905	148 221 628	„ „ „ „ „ 925 „
1906	159 087 956	„ „ „ „ „ 978 „
1907	177 653 701	„ „ „ „ „ 1 032 „

**Für Betriebskosten, Beamtengehälter und Gewinn verblieben den Herren im Jahre**

1904	390 189 519	Mk. oder 2 625 Mk. pro Arbeiter jährlich
1905	488 524 813	„ „ „ „ „ 2 834 „
1906	504 360 290	„ „ „ „ „ 3 098 „
1907	567 809 206	„ „ „ „ „ 3 301 „

**Von je 100 Mark Produktionswert erhielt im Jahre**

1904	der Arbeiter als Lohn 28,80	Mk. der Kapitalist 71,20
1905	„ „ „ „ „ 24,00	„ „ „ „ „ 76,00
1906	„ „ „ „ „ 23,00	„ „ „ „ „ 77,00
1907	„ „ „ „ „ 23,80	„ „ „ „ „ 76,20

Gibt es noch ein schöneres Paradies für die Grubenherren in Deutschland? Wird es der „Arbeiterfreund“ noch einmal wagen, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen angesichts dieser Ziffern? Trotz der großen Wertsteigerung der geschaffenen Produkte sind die Bedingnisse nirgends erhöht worden, stellenweise noch erniedrigt. Was die Arbeiter mehr verdienen, das erzielen sie nur durch Ueberfächeln, da die Zahl der verfahrenen Arbeitstage seit 1902 um mehr wie 15 jährlich gestiegen ist. Diese Ziffern bedürfen mahngestärkt keines weiteren Kommentars, sie enthalten die äußerst dringende Mahnung an alle ober-schlesischen Berg- und Hüttenleute, Kameraden, organisiert euch; sonst zieht man euch noch die letzten Hosen aus. Jeder Arbeiter, der nicht im Verbanne ist, ist daran schuld, daß wir in dieser Weise ausgebeutet werden. Also hinein in den Verband.

**8. Wer kann Wahlmann werden?**

Die Zahl der Wahlmänner, gewöhnlich zwei in jeder Klasse, muß genau angegeben werden; ebenso genau auch die Reihenfolge, wie sie auf den Stimmzetteln stehen. Es darf auch nicht der Name des Kandidaten als Abgeordneter genannt werden, selbstverständlich aber kann er in der Eigenschaft als Wahlmann genannt werden. Alle solche Stimmen würden für ungültig erklärt werden müssen. Es ist gut, daß der Urwähler sich mit einer Legitimation verieht, da der Wahlvorsteher, wenn er Zweifel über die Person des Wählers hegen sollte, eine Legitimierung verlangen kann.

**9. Zahl der Wahlmänner.**

Die zu wählenden Wahlmänner müssen in dem Bezirke wohnen, dem die Urwähler angehören. Es kann also z. B. für den 1. Bezirk nur ein Urwähler dieses Bezirkes, nicht des 2. 3. usw. als Wahlmann aufgestellt werden. Dagegen ist es gleichgültig, für welche Klasse die Wahlmänner ernannt werden. Es kann also der Urwähler, der seine Steuer nach der dritten Klasse angeht, nicht nur in dieser, sondern auch in der zweiten oder ersten als Wahlmann aufgestellt und gewählt werden, und ebenso ist es mit den Wählern der anderen beiden Klassen.

**10. Die Abgeordnetenwahl.**

Zum Abgeordneten ist jeder Preuße, also nicht nur der in einer bestimmten Gemeinde anfassige Wähler, der das dreißigste Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und bereits ein Jahr lang dem preussischen Staatsverbande angehört. Zu der den Wahlmännern bekannt zu gebenden Zeit treten diese zur Wahl der zu wählenden Abgeordneten zusammen. Als Legitimation dient ihnen die von dem Wahlvorsteher ihres Wahlbezirks eingehändigte und von ihnen unterschriebene Bestätigung ihrer Wahl. Die Wahl selbst ist wie in den Wahlbezirken öffentlich. Sie erfolgt durch Stimmgebung zu Protokoll. Der Protokollführer und die Beisitzer werden von den Wahlmännern auf den Vorschlag des Wahlkommissars gewählt und bilden mit diesem den Wahlvorstand. Die Wahlen erfolgen wie in der Wahlmannwahl nach absoluter Stimmenmehrheit. Ergibt sich bei der ersten Abstimmung diese nicht, so wird zur engeren Wahl geschritten. Wahlstimmen, unter Protest oder Vorbehalt abgegeben, sind ungültig. Der gewählte Abgeordnete muß sich über Annahme oder Ablehnung der auf ihn gefallenen Wahl gegenüber dem Wahlkommissar erklären. Eine Annahmeerklärung unter Protest oder Vorbehalt gilt als Ablehnung und hat eine neue Wahl zur Folge.

**7. Die Wahlhandlung.**

Die Wahl ist öffentlich. Bei der Wahl geht der Wähler an den Wahlstisch, nennt Namen und Wohnung, und sind diese festgestellt, deutlich die Namen der Urwähler, die er zu Wahlmännern wählen will.

Die Kohlenförderung und die Stahlfabrikation ist im ersten Quartal 1908 höher gewesen wie im ersten Quartal 1907. Auf die einzelnen Bezirke verteilt ergibt sich folgendes Betriebsergebnis:

Table with columns for regions (e.g., Oberrhein, Westfalen, Ruhr) and months (Januar, Februar, März), showing production and revenue figures.

Man kann die Einfuhr und Ausfuhr berücksichtigen, den verbleibenden Rest als Inlandsverbrauch annehmen, so stellen sich diese Ziffern heraus:

Table showing import and export figures for coal and steel in 1907 and 1908.

Zu beachten ist, daß bei dieser Aufstellung die Zu- oder Abnahme der Bestände nicht berücksichtigt ist. Abgesehen davon war im ersten Vierteljahr 1908 der Steinkohlenverbrauch um 2.050.000 T., der Koksverbrauch um 198.000 T. größer als im Vorjahre.

Table showing quarterly production figures for coal and steel from 1902 to 1908.

Über auch von den Höchsten ist im Laufe der letzten Monate viel auf Vorrat gearbeitet worden. Zudem sind die meisten Eisen- und Stahlwerke, weil sie keine eigenen Hoheöfen und Stahlfabriken haben, deswegen gezwungen worden, die hohen Syndikatspreise zu zahlen, nicht instande, dem scharten Wettbewerb standzuhalten.

erhöhten Zehnerüberschüsse. Wir verzeichnen folgende Quartalsüberschüsse:

Table listing quarterly surpluses for various regions and companies, including Königsborn, Massen, and others.

Die Wertüberschüsse im Bergbau sind also fast durchweg noch höhere wie vorjährig (die mit \*) gekennzeichneten betreffen das ganze Geschäftsjahr).

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Einen sehr guten Jahresbericht kann der Verband der deutschen Buchdrucker erstatten, was um so erfreulicher ist, weil gerade diese freie Gewerkschaft in den letzten Jahren von den Dr.-Gläubigern mit allen Mitteln literarischer Demagogie verurteilt worden ist.

spalten. Der Vorstandsbericht besagt: Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1907 49 458, am Schlusse desselben Jahres 58 520, so daß der effektive Mitgliederzuwachs im Jahre 1907 4071 betrug.

Das kämpferischste Jahr hat der Holzarbeiterverband hinter sich. Nicht weniger als 3 128 843,91 Mark hat er für Streikunterstützung ausgeben müssen! Er hat aber auch große Erfolge erzielt.

verausgab. Und trotz dieser enormen finanziellen Anforderungen an den Verband ist das Verbandsvermögen gestiegen. Und zwar von 2 384 709 Mk. im Jahre 1906 auf 2 712 300 Mk. im Jahre 1907.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands hat seinen Geschäftsbericht für die Jahre 1906 und 1907 herausgegeben. Die Mitgliederzahl stieg in diesem Zeitraum um 2879, nämlich von 5005 auf 8144.

Die Entwicklung des Metallarbeiterverbandes, der mitgliederreichsten Zentralgewerkschaft der Welt, veranschaulichen folgende Ziffern:

Table showing membership and financial data for the Metallarbeiterverband from 1907 to 1905.

Table showing support figures for the Metallarbeiterverband from 1907 to 1905.

Der Textilarbeiterverband hat in der Berichtsperiode 1906/1907 einen Mitgliederzuwachs von 48 682 zu verzeichnen: Am Schlusse des IV. Quartals 1905, also beim Schlusse des vorigen Geschäftsjahres, hatten wir:

Table showing membership figures for the Textilarbeiterverband by quarter and year.

Nach Prozenten berechnet ist die Mitgliederzahl innerhalb der letzten Geschäftsperiode um 62,5 Proz. gestiegen. Die Fortschritte, welche die Organisation bei den Arbeiterinnen gemacht hat, sind recht erhebliche.

Internationale Rundschau.

Die Abschiedsrede des amerikanischen Bergarbeiterführers John Mitchell. Wie wir schon mitteilten, mußte Kamerad Mitchell wegen schwerer Erkrankung das Präsidium des amerikanischen Bergarbeiterverbandes niederlegen.

Verehrte Delegierte! Erlauben Sie mir, meine eigenen Glückwünsche denen hinzuzufügen, die den Kameraden dargebracht worden sind, die nach dem ersten April die Geschäfte unserer hochgeschätzten Organisation lenken werden.

Lassen Sie mich nachdrücklich betonen, was der neugewählte Präsident bereits schon gesagt hat, daß das Gedeihen dieser Organisation von Ihnen abhängt. Es sind die Leute, die zu Hause die Hause (Schritzen), die jedes zum Gedeihen dieser Bewegung wesentliche Element liefern müssen.

Kameraden, ich bin von Ihnen so geehrt worden, mein ganzes Leben mit Ihnen hat mir so viel Vergnügen verschafft und ist so voller Zeichen der Güte und des Vertrauens gewesen, daß mir der Abschied von Ihnen Sorgen undummer verursacht.

Ich wiederhole, was ich in der Tomlinson Halle schon gesagt habe, daß jede Bewegung, die dazu angetan ist, diese große Organisation auszubauen, und die den Bergarbeitern Nutzen verschaffen wird, meine unbedingte Unterstützung und die Unterstützung meiner Freunde, so weit ich für sie sprechen kann, finden wird.

Ich bitte Sie, Kameraden, den Leuten zu Hause und ihren Frauen und Kindern meine herzlichsten Wünsche für ihr Glück und Wohlergehen zu überbringen. Ich bin von tiefem Danke erfüllt gegen die Vergleite und die Leute dieses Landes, die mir die Ehre angetan haben, und ich halte die Hilfe und den Beistand in Erinnerung, den mir meine Kollegen geleistet haben.

Ueber die Organisations-Verhältnisse der Bergarbeiter Oesterreichs berichtet Kamerad Jaroslim an das internationale Bergarbeitersekretariat: Für das begonnene Jahr 1908 kann ich, zur Zeit wo ich diese Zeilen schreibe, berichten, daß die vielfach bereits herrschende wirtschaftliche Krise den österreichischen Kohlenmarkt noch nicht sichtlich ergriffen hat.

Also auch in Oesterreich geht es mit der Organisation der Bergarbeiter vorwärts. Ich hoffe, daß es mir möglich sein wird, in meinem nächsten Bericht weitere Fortschritte melden zu können.

Die russische Gewerkschaftsorganisation hat trotz der langsamsten zaristischen Verfolgungen doch Wurzeln in der Arbeiterklasse geschlagen. Einer neueren Statistik zufolge verteilen sich nach den einzelnen Industriezweigen die russischen Gewerkschaften folgendermaßen:

Table showing the distribution of Russian trade unions by industry sector.

Knappschäftliches.

Außerordentliche Vorstandssitzung des Allgemeinen Knappschäftsvereins zu Bochum am 24. April 1908.

Von der Siebenerkommission der Knappschäftsältesten war ein neuer Antrag eingereicht. Dieser Antrag sieht eine Verschiebung der Wochensteigerungsätze gegenüber dem sechsten Entwurf einer Satzung vor.

44 Wfg.	anstatt 48 in den ersten 10 Jahren.
88 "	" 22 im 11. bis 15. Jahre,
27 "	" 20 " 10. "
22 "	" (wie bisher) " 21. " 26. "
15 "	" anstatt 10 " 20. " 30. "
17 "	" 18 " 31. " 35. "
17 "	" (wie bisher) " 38. " 40. "
32 "	" anstatt 17 über 40 Jahre.

Weiter ist zu diesem Antrag ersichtliche Kraft gefordert, sowohl im Sinne der Steinbrücker Resolution wie auch ersichtliche vom 3. Januar 1908 ab. Diese Vorschläge enthalten eine Aufhebung der Beschränkungen gegen den sechsten Entwurf von jährlich 205 000 Mt. im Ganzen, wobei von der Mehrzahl von 2 Wfg. Antrag pro Woche, für jede Seite, wie der Antrag Schulte-Robis am 28. Dezember ausgedrückt, abgesehen ist. Die Mehrzahl von 205 000 Mt. soll, nach dem Antrag Schulte-Robis, durch Erhöhung des Zinsfußes der auszuführenden Gelder aufgehoben werden. Der Erhöhung des Zinsfußes von 8/2 auf 8/4 Prozent hat der Minister für Handel und Gewerbe der Eisenbahnkommission der Reichstagen bei Empfang derselben am 6. April in Berlin seine Zustimmung gegeben. Von diesem Vorhaben hat die Reichsregierung die Verhandlungen über die Erhöhung der Zinsen, die Wahrung des Zwangsrechts wieder auf. In der außerordentlichen Knappschaftsvorstandsversammlung am 24. April fand eine Sitzung statt, die dahin geht, daß am 20. Juni, der bereits am 9. April festgesetzten Generalversammlung, behufs Ergänzungswahl des Vorstandes für ausstehende Mitglieder, auch die Satzungsangelegenheit zur weiteren Verhandlung zur Tagesordnung gestellt wird. Nach den Verhandlungen im Knappschaftsvorstande ist anzunehmen, daß beide Teile in der Generalversammlung sich zusammenschließen werden. Ein Entwurf der Satzungen zur Verhandlung am 20. Juni wurde in der Vorstandsvollversammlung bereits verteilt, welcher entsprechend dem Antrag der Vorstände, gegen den sechsten Entwurf, geändert war. Der Abschnitt XII, Schluß- und Übergangsbestimmungen, hat eine Veränderung erhalten, insofern, da die Inanspruchnahme der Satzung auf den 1. Juli 1908 vorgeschrieben ist und dabei ersichtliche bis zum 1. Januar 1908 sein soll.

Die Anschaffung eines Automobils für den Knappschaftsvorstand zu geschäftlichen Zwecken wird ebenfalls beschlossen. Weiter wurde der Verkauf der Anstalt Volkmarstein beschlossen. Auf der Vertretersitzung stimmte der Vorsteher für den Verkauf. Ein Antrag, den Vorstandskassen zu gestatten, in der Zeit von morgens 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr Zutritt in die Anstalt zu haben, zum Zwecke der Beschäftigung, wie die Anstalt verpflegen würde usw., wurde mit den Stimmen der Vertretersitzung und der des Vorsteher abgelehnt. Verschiedene Angelegenheiten wurden dem Kuratorium übergeben. Veränderungen von Kreisbezirken wurden vorgenommen und die Bildung eines neuen Vorsteher-Sprengels in Holschhausen bei Castrop beschlossen. Als Tag der Wahl wurde der 6. Juni festgesetzt.

Dem Vorschlag der Vorsteher, den Zinsfuß bei Bewertung des Knappschaftsvermögens von 3/2 auf 3/4 Proz. zu erhöhen und den Mehrertrag zur Verbesserung der Renten zu verwenden, hat der Minister seine Zustimmung erteilt. Der Vorsteher Robis erhielt folgendes Schreiben:

Der Minister Berlin W., 68, den 22. April 1908.  
für Handel und Gewerbe Leipzigstr. 2.  
Z. Nr. I 7776  
Sofort.

Indem ich den Eingang der von Ihnen in Gemeinschaft mit den Vorsteher Herrbrink, Schäfer, Schulze, Berger, Goette und Proetz an mich gerichteten Eingabe vom 15. April d. J. bestätige, wiederhole ich die von mir bereits in der mündlichen Verhandlung vom 6. April d. J. abgegebene Erklärung, daß ich der Ansetzung eines Zinsfußes von 3/4 Proz. bei Bewertung des Vermögensvermögens meinerseits Bedenken nicht entgegenzusetzen werde. Da nach dem Inhalt der Eingabe nunmehr die Mehrheit aller Vorsteher dem Antrag Steinbrück unter der Erweiterung zustimmt, daß der Zinsfuß auf 3/4 Proz. bemessen und der daraus sich ergebende Mehrertrag zur Erhöhung der Invalidenrenten verwendet wird, so bin ich des weitern bereit - wenn sich dies zur Verhinderung der Verhandlung noch als notwendig erweisen sollte - bei den Werksbesitzern dafür einzutreten, daß sie auch ihrerseits dem in der angegebenen Weise erweiterten Antrag Steinbrück zustimmen. Ich erlaube Sie, die übrigen Unterzeichner der Eingabe von diesem Bescheid zu benachrichtigen. De Lilius.

### Mißstände auf den Gruben.

#### Rubrevier.

**Zeche Amalte.** Lebhafteste Beschwerden werden hier fortgesetzt über den schlechten Zustand der Lampen geföhrt, auch dauert die Ausgabel derselben ungewöhnlich lange, so daß die Arbeiter häufig trümpfweise warten müssen. Mit der Regulierung und Instandhaltung der Lampen ist ein alter Invalide betraut, dem zur Hilfeleistung noch eine Anzahl jugendlicher Arbeiter unterstellt sind. Der alte Invalide ist aber allein nicht imstande, allen Ansprüchen genügen zu können und an den Kindern hat er nur eine sehr schwache Stütze. Hoffentlich sieht man dieses ein und schafft Abhilfe.

**Zeche Concordia (Schacht II).** Am 11. April sind hier wieder zwei Kameraden zu Tode gekommen. Außerdem sollen in diesem Jahre schon 11 Kameraden tödlich verunglückt sein. Das Bestrafen wegen Verweigerung der Kohlen nimmt fast überhand, ohne daß es den Arbeitern möglich ist, die betreffenden Wagen zu kontrollieren. Sogar die Steiger sollen einen Teil ihrer Prämien, weil in ihren Revieren angeblich zu viele unreine Kohlen geföhrt wurden, eingebüßt haben. Man soll den Arbeitern ein entsprechendes Gebühre setzen, daß sie auch in der Lage sind die Kohlen rein zu liefern. Wie die Verhältnisse aber liegen, ist das jetzt unmöglich.

**Zeche Deutschland (Schacht Rudolf).** Die Kleider trocknen hier in der Waschküche sehr schlecht. Das Dampfrohr ist ohne Schutzvorrichtung, so daß sich schon wiederholt Leute daran verbrannt haben. Das Fenster der Waschküche ist zugenanget, so daß es zum Öffnen nicht geöffnet werden kann. Fabrikhauer V. sieht es als vornehmste Aufgabe an, die Arbeiter mit Feuerlöschern zu ängstigen. Am 27. März wurde wegen Mangel an Wasser geföhrt, trotzdem wurden noch an diesem Tage etwa 500 Wagen Kohlen geföhrt. Wie kann man das verstehen? Jedenfalls hat da doch nur ein Teil der Belegschaft feuern müssen.

**Zeche Dorffeld (Schacht II und III).** Die Sparrout zeitigt hier sonderbare Mißstände. So muß jeder Schicht zum Empfang von Materialien vom Betriebsführer oder seinem Stellvertreter unterschrieben sein. Will jemand Kreide, Schienenhölzer, Öl, Verschlaglein, Draht usw. haben, muß er erst, manchmal tagelang hinter dem Betriebsführer herlaufen, um dessen Unterschrift zu erbeteln. Natürlich ist das für die Arbeiter nicht nur unangenehm, sondern für die Sicherheit des Betriebes auch von größtem Nachteil. Die Lampen lassen ebenfalls viel zu wünschen übrig. Kohlen werden fövvel umgeworfen, daß der Rechenplatz häufig zu hügelig wie ein Friedhof aussieht.

**Zeche Escher Lippe, Schacht I und II.** Der Querschlag ist hier sehr schön und schmutzig, so daß die Arbeiter, wenn sie zu ihrer Arbeit müssen, stets nasse Füße bekommen. Auch das Schiffsystem wird äußerst schief gehandhabt. Dagegen werden noch viele schlechte Löhne gezahlt, insofern der Belegschaftsweg sehr groß ist. Um die Arbeiter festhält zu machen, mißet die Verwaltung, soweit es ihr möglich ist, alle Privathäuser. Dadurch werden aber die Arbeiter nicht etwa niedriger, sondern ganz eminent in die Höhe gehoben. Auch die Behandlung der Arbeiter soll keine gute sein, soll doch sogar die Wegzähle als Arrestlokal eine Rolle gespielt haben.

**Zeche Gölstein.** Ein Arbeiter hatte sich bei seinem Steiger W. vorchriftsmäßig abmelden lassen. Als er aber an nächsten Tage wieder anfahren wollte, wurde ihm seitens des genannten Steigers die Anfahrtsverweigerung mit dem Bemerkung, er müsse sich erst ein Gesundheitsattest beschaffen. Als der Mann ihn fragte, wo dies bezahle, wurde er angehalten. Er solle sich von der Stube führen, widrigenfalls er herausgeworfen würde. So hat der Mann zwei Schichten feiern müssen. Das Strafen ist hier auch in voller Blüte; so sind Kameraden bis zu 5 und 6 Mt. bestraft worden. Auch werden viele Klagen über Holzangel und schlechtes Schmieren der Wagen geführt.

**Zeche Königshorn, Schacht III.** Lebhafteste Klagen werden hier über Steiger J. geführt, weil er den Arbeitern gegenüber nicht immer die liebenswürdigsten Umgangsformen zeigt. Auch soll er den Arbeitern, wenn sie nach ihrem verdienten Lohn fragen, eine Auskunft geben, die mit den Angaben im Lohnbuch nachher auch nicht im entferntesten übereinstimmt. Ist eine Störung durchzutreiben und die Arbeiter wünschen, daß zwecks Regelung des Gebühres der Betriebsführer vor die Arbeit kommt, so geschieht das häufig nicht. Kammer aber soll nichts dafür gezahlt werden.

**Zeche Ronopol, Schacht Grimberg.** Kohlen und wieder Kohlen ist hier die Devise, besonders im Revier des Steigers A. Schon bevor die Arbeiter ihre Arbeit beginnen konnten, kommt er angestürzt mit dem Hinweis: Schmelzgewitterunterteil, gibt es denn noch keine Kohlen? Beschweren sich die Arbeiter aber dann über Holzangel, verschmündet er bald und läßt nichts mehr von sich hören. Mitzlich ist sogar in einer Strebe infolge des Holzangels das Gangebe durchgedröhrt, so daß nachher die Arbeit voll Welter stand. Das unter solchen Umständen die Arbeiter manchmal an ihrer Arbeit gehindert, recht schlecht Löhne verdienen müssen, liegt auf der Hand. Hoffentlich sieht man das auch an anderer Stelle ein.

**Zeche Wuto, Schacht Wilsch.** Die Löhne sind hier sehr ungleich, kommt es doch vor, daß Hammerlöhne von 4 Mt. und weniger gezahlt werden. Beschweren sich dann die Arbeiter, dann heißt es: „Ihr habt nicht genug geleistet.“ Bei Steiger V. auf der Welterstraße ist es außerdem noch sehribel mit dem Holz bestellt, denn häufig müssen sich die Arbeiter das Holz sogar vom Schacht mitschleppen.

**Zeche Wropper, Schacht I.** Am 15. April wurde hier durch Anschlag bekannt gemacht, daß vom 1. Mai ab die Schichtlöhne um 70, 60 und 80 Wfg. pro Schicht reduziert würden. Bisher standen die Zimmerarbeiter in vier Lohnklassen, vom 1. Mai ab soll jedoch für alle ein einheitlicher Lohn gezahlt werden. Auch wurde am 15. April zehn Mann gekündigt.

**Zeche Meißel (Schacht IV).** Auf diesen Mißstand wäre es sehr notwendig, wenn dem Holzangel ein wenig abgeholfen würde. Das Holz wird am Schacht abgeladen und wenn die Leute etwas haben wollen, müssen sie es von dort mit zu ihrer Arbeit nehmen. Es wäre doch sehr leicht möglich, das Holz bis zu den Brems- und Stapelschächten zu führen, damit es sich die Arbeiter von dort zu ihrer Arbeit schleppen lassen könnten. Im Wfg. „S“, im neuen Stapel, geht es sehr langsam. Dort ist jeder Arbeiter mit drei Mann besetzt, zwei Säner und ein Behrhauser. Die Behrhauser müssen ihre Wagen aber nicht nur vom Pfister bis zum Bremsberg, sondern auf der Felsöhle auch noch vom Bremsberg bis zum neuen Stapel schleppen, was nach einer Strecke von 150 Meter ist. Man sollte doch meinen, es wäre der Verwaltung ein leichtes, hier einige Schleppe anzustellen oder sollte der Betriebsführer von diesen Mißständen nichts wissen? Auch sind die Löhne hier so reduziert worden, daß man überhaupt keinen anständigen Lohn mehr verdienen kann. Im Monat März wurde über 20 Mann gekündigt.

In bezug auf Strafen scheint sich der Hilfssteiger J. besonders hervorzutun zu wollen, denn er wollte einige Kameradschaften mit drei Mark bestrafen, weil sie nicht genügend Steinwagen ausgeladen oder den Vergeverlag nicht gut gemacht hätten. Wägen die Steiger nur für ein gutes Gebühre sorgen, dann werden auch die Arbeiter zu ihrer Zufriedenheit ausfallen. Des Abends soll die Selbstfahrt 1/2 Uhr beginnen, aber es wird immer 5-10 Minuten länger Kohlen geföhrt. Ob dieses der Steiger Jäger noch nicht gemerkt hat, oder ob seine Uhr jeden Tag 5-10 Minuten zurückbleibt?

### Oberbergamtsbezirk Bonn.

**Grube Alarberg.** Wie sehr die Arbeitsverhältnisse hier im argen liegen, möge an einigen Beispielen, deren wir jedoch noch eine ganze Reihe vorbringen können, kurz skizziert werden. Es wäre zu wünschen, daß die Mannschafstube etwas mehr gereinigt würde, nicht wie es jetzt üblich ist, daß mal alle acht Tage eine Reinigung vorgenommen wird. Die Aborte bedürfen der Reinigung ebenfalls. Wenn dieselben nicht gereinigt werden sollen, so brauchen auch keine da zu sein. In dem jetzigen Zustande können sie doch nicht mehr benutzt werden. Ebenfalls wird Klage geföhrt über sehr schlechtes Trinkwasser. Dieses steht oft vier Tage lang, ohne frisch gefüllt zu werden. Es ist schon verschiedentlich vorgekommen, daß man Kohlenstücke oder sonstigen Unrat beim Trinken in den Mund bekam. Anstatt die Nebenarbeiten an den Hölzern den Arbeitern zu bezahlen, werden ihnen Schläge angeden. Auf der Fabrik geht es auch in der gleichen Weise zu, dort werden bei jeder Gelegenheit die jugendlichen Arbeiter geprügelt. Wir sind der Meinung, daß der Herr Betriebsführer der Fabrik, sowie der Obersteiger Schuy dafür sorgen sollte, daß den Unterbeamten etwas mehr Umgangsformen mit Menschen beigebracht werden. Wir empfehlen ihnen deshalb das bekannte Buch „Nütziges Umgang mit Menschen“ zum fleißigen Studium.

**Zeche Rheinpreußen (Schacht I und II).** Die Waschküche läßt hier sehr zu wünschen übrig; zum Teil laufen die Brausen sehr schlecht, auch ist die Belüftung nicht von besten. Die Kumpels der Mittags- schicht müssen sich häufig abends im Dunkeln waschen. Der Fußboden, besonders in der Nähe der Brausen, ist sehr glatt und die Arbeiter laufen stets Gefahr, den Hals zu brechen. Die Schüttelrutschen sind 70-80 Meter lang, haben aber nur in der Regel zwei Ausgänge, was jedenfalls für die Arbeiter sehr gefährlich ist. Die Behandlung der Arbeiter läßt ebenfalls sehr zu wünschen übrig. Trotz der Kritik werden hier noch Leberschichten in Hülle und Fülle gemacht.

**Grube Walsberg-Wilhelma.** Trotzdem schon wiederholt die Mißstände auf dieser Grube in der „Bergarbeiter-Zeitung“ einer Kritik unterzogen wurden, ist bisher keine durchgreifende Abhilfe geschaffen worden. So wäre es z. B. notwendig, mit der Werkzeugausgabe zwei Mann zu beauftragen, damit die Arbeiter nicht gezwungen sind, endlos lange zu warten und Leberstunden zu machen, die nicht bezahlt werden. Besonders bei schlechtem Wetter ist dieses lange Warten nicht allzu angenehm. Trotzdem die Belegschaft immer mehr vermischt wird, befindet sich in der Mannschafstube nur ein Tisch, die übrigen Leute, die daran keinen Platz haben, müssen auf der Erde kampieren, um ihr Butterbrot zu essen. Auch wäre es angebracht, für eine gute Waschgelegenheit zu sorgen, damit die Arbeiter den Schmutz nicht nach Hause zu schleppen brauchen. Das Geländer an der Abfahrtsrinne bei den Schloten ist auch noch nicht angebracht, nur die Stützen wurden nach unserer letzten Kritik geföhrt.

### Königreich Sachsen.

**Steinkohlenbergwerk Kaisergrube.** Von Kameraden wird uns mitgeteilt, daß vor kurzer Zeit ein Stück von dem 55. Querschlag gestohlen worden ist. Nach näher eingeholter Erkundigung haben wir festgestellt, daß von dem oben genannten Querschlag ein Teil eingebrochen ist, in das darunter befindliche Strebebauort Nr. 60. Jedem praktischen Bergmann wird es wohl einleuchten, daß es hier nur dem Zufall zu verdanken ist, wenn nicht ein größerer Unglücksfall passiert. Es konnte ebenso leicht vorkommen, daß dieser Niederbruch vor sich ging, wenn die Stelle von Mannschaf befahren wurde und unten vor dem Strebebauort sich ebenfalls noch Leute befanden. Was dann? Sind solche Verhältnisse auch als im Bergbau allgemein übliche zu bezeichnen? Wir glauben nicht. Hier mußte unbedingt Vorkehrung angewandt werden, da, wie uns mitgeteilt wird, daß Zwischenmittel nur einen Meter stark sein soll. Im übrigen sollen derartige Niederbrüche auf dem zweiten Querschlag schon mehrmals vorgekommen sein.

### Oberbergamtsbezirk Breslau.

**Zeche Bahnschacht.** Am 24. April verunglückten in der Früh- schicht die Kameraden Wilsch, Kammel und Hermann Otto dadurch, daß sie beide verhängt wurden. Kammel, Vater von vier Kindern, war sofort tot, Otto dagegen ist schwer verletzt. So endet der Bergarbeiter. Wann werden die Kameraden einsehen, daß sie nur durch festen Zusammenschluß in der Organisation sich mehr geseligen Schutz erkämpfen können.

**Frühgrube (Abteilung IX).** Einer durchgreifenden Reparatur bedürfte der Fahrstuhl im Flöz 5, derselbe ist derzeit zusammengequetscht, daß jede Person sich nur nach der Seite durchwinden kann. Ereignet sich dabeilich ein Unfall, so ist zunächst die Frage, wie bringen wir den Verletzten herunter, wenn es schon einer einzelnen Person schwer fällt, durchzukommen. Auch von einer Tragbahre zum Transport der Verletzten haben wir bis jetzt noch nichts bemerkt. Derselbe würde bei derartigen Fahrstrecken, wie oben erwähnt, auch überflüssig sein. Vom Einhalten bergpolizeilicher Vorschriften ist hier keine Rede. In Nr. 11 genannten Bergbezirks sind die Vergleute gezwungen zu ihrer Arbeit über den Bremsberg zu gehen, eine vorchriftsmäßige Fahrweg gibt es nicht. Wegen der tollen Jagd nach Kohlen kommen die Reparaturen nicht in Betracht. Wir sind neugierig, wie sich die Grubenverwaltungen bei dem fortwährend stottern der Schichtführung zu dem Verprechen, am 1. April die Löhne zu erhöhen, stellen werden. Bisher ist eine dahingehende Erinnerung der Arbeiterauschüsse unbeantwortet geblieben. Samstags wird wieder zwölftündig geföhrt, das bisberige Ertrüben an einzelne Arbeiter zwölftündig zu arbeiten, hat nicht den gewünschten Erfolg und deshalb muß wieder auf Kommando zwölftündig gearbeitet werden und zum trotz Samstags. Vergleute, es wird Zeit die Augen zu öffnen.

**Grube Glühitz-Friedenshoffnung (Nieder-Hernsdorf).** Durch den Grubenabruß hat bekanntlich schon viele Häuser zu Bruch gegangen, was zur Folge hat, daß diese Häuser von dem Wert aufgekauft, um

notdürftig repariert, wieder an Bergarbeiter vermietet zu werden. Dabei stellt sich nun heraus, daß die Grubenverwaltung die Wohnungen, entgegen den früheren Mietspreisen, eher teurer als billiger vermietet. Werben doch bis über 6 Mt. pro Quadratmeter gezahlt. Tatsache ist, daß die Wohnungen mit drei, vier Zimmern und mehr, in welchen die Beamten wohnen, viel billiger sind. Einen Ausgleich hier zu schaffen, b. h. die kleinen Wohnungen etwas billiger, dagegen die größeren eventuell im Preise etwas zu erhöhen, wäre dringend zu wünschen. Hoffentlich sieht das auch die Grubenverwaltung ein und handelt danach.

**Schlesische Kohlen- und Eisenerze (Gottesberg).** Immer noch herrscht hier ein kolossaler Leutenangel, was daraus hervorgeht, daß man wieder im Auslande, namentlich in Oesterreich, erhöhte Anforderungen macht, um Leute zu bekommen. Unter anderem hat man auch die Gegend um Mährisch-Schönberg aufgesucht. Dort sind Zettel angeschlagen, wonach Arbeiter für die schlesischen Kohlen- und Eisenerze gesucht werden, mit dem Hinweis, daß in Gottesberg genügend Wohnungen vorhanden sind, daß die Lebensmittel billig, daß das 10 000 Einwohner zählende Städtchen sehr schön am Gebirge gelegen und daß außerdem für dauernde Arbeit bei gutem Lohn Sorge ist. Das hier Gesagte ist alles gut und schön, schade nur, daß es nicht der Wahrheit entspricht. Daß genügend Wohnungen vorhanden sind, auch das Städtchen schön gelegen ist, mag zwar richtig sein. Nur würde das den Bergarbeitern nicht viel nützen, beachtlich man doch für die Ausländer Wohnbaracken zu bauen, wo die Leute hineingesperrt werden. Daß das andere Geschrei wegen der billigen Lebensmittel und dem guten Lohn von keinem Arbeiter mehr geglaubt wird, auch wenn es noch so oft beteuert wird, beweist die Tatsache, daß selbst dieses den Arbeitern von Mährisch-Schönberg zu spanisch vorkommt und diese sich veranlaßt fühlen, erst an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen. Wieviel Arbeiter von Mährisch-Schönberg herbeifallen werden, wissen wir heute noch nicht, viele werden es sicher nicht sein. Sollte man trotzdem einige Kumpels anlocken können, so wird der Herr Abnehmer nicht viel Freude an diesen erleben. Freilich waren es die österreichischen Kameraden, welche wenn die heiligen Arbeiter keine Lust mehr hatten für ein Spottgeld sich die Knochen abzuschlagen, als rettende Engel in die Nöte springen mußten. Heute ist es ganz anders gekommen, heute sind es die Oesterreicher, welche massenhaft den schlesischen Kohlen- und Eisenerzwerken den Rücken kehren und wenn es so fortgeht, bald nicht mehr viel Ausländer vorhanden sein dürften. Daß diese Leute nicht in ihre Heimat zurückkehren, weil es ihnen hier zu gut geht, sondern weil sie sich hier schlechter stellen als in ihrer Heimat, das zu begründen, ist den alledürftigsten möglich. Dem Herrn Direktor Abnehmer möchten wir den Rat geben, durch Verbesserung der Löhne dafür zu sorgen, daß es der Arbeiterschaft möglich ist, hier zu bleiben. Erst dann, wenn dieses der Fall ist, wird man erst nötig haben im Auslande Arbeiter zusammenzusuchen.

### Süddeutschland und Reichslände.

**Erntinggen-Gütte.** Zu dem Artikel Grube Amalte-Friede vom 4. April 1908 in Nr. 14 erhalten wir unter Berufung auf das Besagte folgende Zuschrift. „Der Schacht unserer Grube Amalte ist, wie die meisten Schächte in wasserführendem Gebirge, nicht ganz trocken und an der Schachttauer wie an den Spalten fließt Wasser hinunter. Um aber die ein- und abfahrende Belegschaft nach Möglichkeit gegen diese Nieselwässer zu schützen, ist am Fußort zu beiden Seiten des Schachtes ein Regenbach angebracht; ebenso sind die Erde mit Dächern versehen. Es ist also nicht möglich, daß bloße Ein- und Ausfahrt genügt, um die Leute zu durchwässern. In dem Querschlag nach dem braunen Lager (damit ist wohl der Hauptstollen in dem Artikel gemeint) liegen an drei Stellen Stiche Wasser aus den Seitenköpfen des Querschlags in geringen Quantitäten hervortreten, welches aber von den dort verlegten Zementrohren aufgenommen wurde. Ueberdies sind zwei dieser nassen Stellen schon durch eine vorgelegte Mauer angebracht, an der dritten Stelle ist man dabei, das Wasser in gleicher Weise abzuschließen. Schmutz hat sich an diesen Stellen, wie es überhaupt in den von Pferden begangenen Fahrstrecken unumvermeidlich ist, in geringem Maße gezeigt, die Strecke ist aber immer, sobald die Notwendigkeit vorlag, gereinigt worden. Was die Förderwagen angeht, so werden dieselben jeden Tag gereinigt nachgehört und geschont; jedenfalls laufen die Wagen nicht schwer in ihren Lagern. Ein solcher Fall tritt nur bei strenger Kälte ein, wenn das Schichtereis in den Lagern gefriert. Vorfringer Hültenverein Amalte-Friede. Dollberg. Nos.“

### Generalsekretär Behrens.

#### „Bergknappe“ mit Spaniol, Heinen, Brodam gegen den Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Der unglückliche „Bergknappe“ ist durch die famosen „taktischen Erwägungen“ gezwungen worden, sich selbst zu ohreigenen. Am 18. April erklärt der „Bergknappe“, der Generalsekretär Behrens habe sich durch sein Verhalten im Reichstag als Arbeitervertreter unwürdig gemacht. Am 2. Mai aber muß derselbe „Bergknappe“ dem Unwürdigen wieder das „Vertrauen“ aussprechen. Daß ein beratiger toller Widerspruch nicht ohne Inanspruchnahme an die christlichen Bergvölker vorübergehen kann, ist so sonnenklar, daß es auch die „Bergknappen“ Leute begreifen. Sie wissen ebenso gut wie wir, wie empört auch die Gewerkschaftsmitglieder über den Generalsekretär sind. Die „Bergknappen“ Leute haben es ja selbst am 18. April ausgeplaudert. Und sie wissen auch, daß der Beschluß des „hohen Rates“, Franz Behrens in Amt und Würden zu belassen, Straunen und Entrüstung in der Gewerkschaftsmitgliederschaft erweckt hat. Ein „gewöhnliches“ Gewerkschaftsmitglied, ein einfacher Kumpel muß Disziplin halten, sonst wird er ausgeschlossen - aber der Herr Generalsekretär darf mit Junkern und Großindustriellen für ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter stimmen; dem Generalsekretär bleiben Amt und Würden erhalten, ihm wird das „Vertrauen“ ausgesprochen! Dieses alle gewerkschaftliche Disziplin untergebende Messen mit zweierlei Maß fühlen natürlich auch die christlichen Kumpels heraus.

Um die Aufmerksamkeit der heftigen Opposition im Gewerkschaftsverein von der blamablen Affäre Behrens abzulenken, wies sich der „Bergknappe“ zum Anwalt der Spaniol, Heinen, Brodam auf! Das haben sie rechtlich verdient und der „Bergknappe“ kann stolz sein auf seine Schützlinge. Schon hat er das Offenbarungsgesetz des Heinen über den „Terrorismus im Verbands“ den geduldbigen „Bergknappen“ verdauten „hervorragend“ vorgeföhrt. Daß dann Heinen, als er seine Aufkündigung vor Gericht beweisen sollte, nicht erschien, braucht der Wahrheitsknappe seinen Lesern ja nicht „hervorragend“ mitzuteilen.

In seiner letzten Nummer kündigt der „Bergknappe“ einen fulminanten Bericht an über die Versammlung vom 26. April in Schmidthorst, wo Spaniol, Heinen und Brodam „fichtliche“ Musterung über den Verbandsvorstand abhalten wollten, aber das Gegenteil ereignete. Wenn der Bergknappenbericht auch „objektiv“ ist wie der im „Eiferer Volksfreund“ vom 30. April, dann wird unser Verbandsvorstand dem Redakteur des „Bergknappen“ ebenso Gelegenheit geben, vor Gericht sich zu verhalten wie der „Terrorismus“ im Verbands“ den geduldbigen „Bergknappen“ verdauten „hervorragend“ vorgeföhrt. Daß dann Heinen, als er seine Aufkündigung vor Gericht beweisen sollte, nicht erschien, braucht der Wahrheitsknappe seinen Lesern ja nicht „hervorragend“ mitzuteilen.

Unser Verbandsvorstand wird vor Gericht Herrn Christian Klotz (und wenn der „Bergknappe“ in dessen Horn stößt, auch Herrn Müll) nachweisen, warum wir solchen Mitgliedern, die sich gräßlich gegen die gewerkschaftliche Disziplin und Kollegialität verhalten, nicht das „Vertrauen“ aussprechen, sondern den Stuhl vor die Tür setzen. Bei uns im Verbands wird nicht mit zweierlei Maß gemessen. Ob es ein „Generalsekretär“ ist oder einfacher Kumpel, ohne Unterschied werden sie nach dem Verbandsstatut behandelt.

Die haben nichts zu fürchten von „Enthaltungen“ über geheimnisvolle Verbandszustände! Das im „Volksfreund“ über die Rassenführung von Böhm und Meyer geschrieben steht, das alles hat unser Verbandsvorstand selbst schon am 12. Februar dieses Jahres vor dem Gericht in Steele so vollständig aufgestellt, daß seinen, der mit diesen „Enthaltungen“ hantieren ging, vom Gericht verurteilt wurde! Die ganze „Enthaltung“ brach kläglich zusammen. Als die unreelle Böhmsche Rassenführung durch die Kontrolle festgestellt worden war, da ist Böhm sofort entlassen worden! Wir fürchten eben keine „Enthaltungen“, sondern machen reinen Tisch mit Ungetreuen, wer es auch ist. Wenn Kamerad Johann Meyer nicht seiner schweren Erkrankung unterlegen wäre, die ihn bis heute noch vollständig arbeitsunfähig macht, dann würde die Differenz in seiner Rassenführung nicht vorgekommen sein. Kamerad Meyer hat soviel gelitten, daß es sehr bezeichnend ist für seine alten „Freunde“ Spaniol, Heinen und Brodam, daß sie nun den schwerverkrankten Mann in ihren Stuhl und Strett mitverwickelt haben. Vor Gericht wird sich finden, daß nicht die geringste Verantwörung vorgetrieben ist.

Bei uns werden keine Postenjäger und Verleumder gebüdet. Den ausgeschlossenen Spaniol, Heinen und Brodam ist vorher reichlich Gelegenheit gegeben worden, ihre Verleumdungen zu beweisen oder zurückzunehmen. Beides taten sie nicht. Wenn der Verbandsvorstand trotzdem noch die Leute gehalten hätte, dann würden die Vergnappensstrategen heute behaupten, der Verbandsvorstand wage nicht, gegen seine Verdächtiger vorzugehen, er fürchte sie. Wir fürchten sie eben nicht im geringsten. Getrost ist der Verbandsvorstand in alle Versammlungen gegangen, die die Ausgeschlossenen „zur Aufklärung“ einberiefen, und hat ungeschont Rede und Antwort gestanden. Wir scheuen so wenig die Öffentlichkeit, daß wir in voriger Nummer dieser Zeitung schon sehr ausführlich über die Schmidtthorster Versammlung berichtet haben. Das Verbandsmitglied ist rein, alles was die Ausgeschlossenen dagegen gesagt und geschrieben, ist haltloses Getrausch oder böswillige Verleumdung. Ihre Behauptung, die „Mitgliedermassen“ seien für Spaniol und Konforten, ist auch plumper Schwindel. Die Ständer haben durch ihre neuerliche Betragen sich sogar die Sympathie von den wenigen Kameraden erworben, die bisher glaubten, was ihnen die Spaniol und Konforten einbliesen. Alle Zahlstellenversammlungen im Oberhaufener Bezirk haben das Verhalten des Verbandsvorstandes gebilligt. Nur in Schmidtthorst, Buschhausen und Sterkrade stand noch ein kleines Häuflein Mitglieder auf Seiten Spaniol-Brodams. Wenn man gehört hat, was die letzteren den dortigen Mitgliedern vorgegaukelt und wie sie die Wahrheit auf den Kopf stellen, unter den Mitgliedern gegen den Vorstand hegen, so braucht man sich nicht zu wundern, daß es noch einige gibt, die Spaniol Recht geben. Aber auch denen werden die Augen noch geöffnet.

Im Gewerbeverein macht mans freilich anders. Dort „wimmelte“ man zwar 1904 Brust wegen Schädigung des Gewerbevereins. Aber darauf drohte Druck:

„Ich habe Minen gelegt! Ich habe noch Briefe von vor zehn Jahren in meinem Besitz, wenn ich die veröffentlichte usw.“

Was geschah? Herr Brust wurde nicht zur Verantwortung gezogen, sondern erhielt eine Summe von 1500 Mk. bewilligt, „solange er das Maul hält“, sagte einer der Gewerbevereinssekretäre zu einem unserer Kameraden! Unser Verband gibt gewerkschaftlichen Schülern keine Abfindungsgelder, wir fürchten keine Enthaltungen!

Es lohnt sich auch, jetzt an einen anderen „Fall“ zu erinnern. Bernhard Walter, damals noch „Generalrat“ der Hirsch-Dunderlauer, beschuldigte den Gewerbevereinsvorsitzenden Brust, eine unreelle Geschäftsführung gehandhabt zu haben! Walter wurde nicht verklagt! Es geschah etwas ganz Ueberraschendes: Nachdem sich Walter bei den Hirsch-Dunderschen abgewirtschaftet hatte, stellte der christliche Gewerbevereinsvorstand den Verdächtiger seiner Geschäftsführung als Rechtschaffensekretär an!!! Im Verbandsverbande ist eine solche Wirtschaft ausgeschlossen. Derselbe Bernhard Walter, der gesagt hat: „Das Gewerbevereinsstatut ist von den Pfaffen gemacht“, dieser selbe Walter ist jetzt Gewerbevereinssekretär und bläht sich als „christlicher Arbeiterführer“! Im Verbandsverbande ist eine solche Verjüngung von Verbandsbeschimpfern einfach unmöglich. Wir fürchten keine Enthaltungen, wir fürchten keine Minenleger und keine „Briefe von vor zehn Jahren“. Darum können wir auch mit Beschimpfern und Ständern reinen Tisch machen. Wir haben an sie auch keine Jahrespenitionen und Abtischen zu vergeben.

Daß der „Vergnapper“ in seiner Not nun die Spaniol, Heinen und Brodam vorschleibt um den für die ganze Gewerbevereinsbewegung blamablen Fall Behrens in den Hintergrund zu bringen, ist nur zu begreiflich. Brust hat man wegen geringerer Vergehen abgesetzt und zum Arbeiterführer gestempelt. Franz Behrens muß man halten, weil man befürchtet, er würde sich rücksichtslos rächen durch Blosslegung der Gewerbevereinsgeheimnisse! Bei den Brustskandalen 1904 und 1907 haben Zentrumspartei Führer schlichtend und rüchtend eingegriffen. Behrens ist kein Mitglied der Zentrumspartei, ihn kann man deshalb „mit Rücksicht auf das Parteinteresse“ nicht zum Schweigen bringen. Die Ständereien der Spaniol, Heinen und Brodam sind rein persönliche Treibereien von Personen, die nicht auf ihre Rechnung gekommen sind. Solche persönlichen Streitereien sind schon im Gewerbeverein gefast (erinnert sel auch an den Fall des Gewerbevereinssekretärs Buchheit-Saargebiet) in allen Organisationen, wie bei uns vorgekommen und kommen immer wieder vor, weil es überall Menschen gibt, die glauben, ihre geistige Bedeutung würde nicht genügend gewürdigt. Aber der Fall Behrens rüttelt an den Grundlagern der Gewerkschaftsbewegung, es ist ein skandalöser Hohn auf die „einfachsten Grundzüge der Gewerkschaftsdisziplin“. Die Gewerbevereinsmitglieder sind deshalb auch empört (der „Vergnapper“ hat ja selbst eingestanden), sie protestieren gegen die von Franz Behrens verübten arbeiterfeindlichen Taten. **Unter verschlossenen Türen haben sich die Gewerbevereinsbeamten stundenlang streitend in den Saaren gelagert um Franz Behrens, den „bewährten Führer“, von dem die Vergleute nichts mehr wissen wollen, den nur die „Großmeister“ gehalten haben. Man hat es nicht gewagt, den Fall Behrens vor der Öffentlichkeit zu behandeln!** Die Mitglieder sollen bumm gehalten werden. Ein einfaches Mitglied würde hinausgeworfen werden, wenn es sich nur halb so schwer perginge gegen die Arbeiterinteressen wie Franz Behrens. Aber der Herr Generalsekretär darf das tun, er bekommt obenrein ein Vertrauensvotum, natürlich hinter verschlossenen Türen, ausgestellt. Die Gewerbevereinsmitglieder erfahren von dem, was dort vorging, nur was sie wissen dürfen, aber sie dürfen ihre Beiträge brav weiterzahlen für Leute, die mit den Junkern und Grubenbaronen ein arbeiterfeindliches Gesetz beschließen. Die „christliche Baugewerkschaft“ hat vollkommen recht, wenn sie schreibt: „Eine solche Verfahrensweise ist noch nie im christlichen

Gewerbeverein der Vergleute gewesen“. Er hat aber auch noch nie einen so großartigen Generalsekretär gehabt wie Franz Behrens. Er stimmte für ein Ausnahmengesetz gegen die Gewerkschaften und will den Grubenbaronen auch noch ein Reichstagsmandat verschaffen. Eine solche Perle muß dem Bergarbeitervolke erhalten bleiben!?

**Giesberts schützt Behrens!**

Die Komödie wird immer lustiger. Am 6. April 1908 donnerte Herr Abgeordneter Giesberts im Reichstag gegen den ausnahmengesetzlichen Charakter des Vereinsgesetzes. Herr Giesberts beteuerte, wer sich von den Versprechungen der Regierungsvertreter habe beeinflussen lassen, für die volksfeindlichen Gesetzesparagrafen — vor allen Dingen den § 7 — zu stimmen, der sei ein Narr, oder wie hernach die „Essener Volkszig.“ deutscher schrieb: „unreifer Politiker“. Giesberts versicherte mit dem ganzen Aufgebot seiner Stimmmittel, daß eine Arbeiterbewegung, die ein Ausnahmengesetz akzeptiert, sich den Mist abspägt, auf dem sie selbst sitzt!

Es war der Gewerbevereinskollege des Herrn Giesberts, der Herr Abgeordnete Generalsekretär Behrens, der eine Sitzung vorher für den ausnahmengesetzlichen Sprachenparagrafen gestimmt hatte! Ihn traf also das Verdikt des Herrn Giesberts ohne Einschränkung. — — — Rrrrr! Ein anderes Bild!

Es ist am 28. April 1908 im Reichstag. Zur Debatte steht eine Petition des christlichen Gewerbevereins, zwecks Reform der lothringischen Knappschaftsverhältnisse. Giesberts war Referent. Der sozialdemokratische Abg. Emmele-Wilthausen im Elsaß betonte, die Partei- und Glaubensgenossen des Herrn Abg. Giesberts im elsass-lothringischen Landesausschuß hätten ihre Schuldigkeit gegenüber den Bergarbeiterforderungen auch nicht getan. Dumm! plagte die übliche clerikale Entlastungsblase. Erzberger und Giesberts jammerten feinerweisend wieder über — die „Schädigung der Bergarbeiterinteressen durch die Sozialdemokraten.“ Dabei war es ein gewisser Abg. Herr Giesberts, der am 6. April 1908 in seiner Reichstagsrede wörtlich sagte:

„Der Herr Abgeordnete Hue hat am vorigen Samstag u. a. gesagt, wenn man der sozialdemokratischen Partei nicht 88 Mandate abgenommen hätte, dann wäre das Gesetz nicht möglich. Ganz recht, dem stimme ich auch zu!“

Hier gibt also Herr Abg. Giesberts ohne weiteres zu, daß wenn mehr Sozialdemokraten gewählt worden wären, ein so arbeiterfeindliches Ausnahmengesetz nicht angenommen worden wäre! Und am 28. April will derselbe Herr Giesberts die sozialdemokratischen Abgeordneten schon wieder quasi zu Arbeiterfeinden umstempeln! Kamerad Sachse bedachte die Herrschaften ab, sie griffen, wenn es ihnen paßte, bei jeder Gelegenheit und bei jedem Tagesordnungspunkt die anderen Parteien an, aber wenn die anderen das gute, heilige Zentrum beim rechten Namen nennen, dann spielten die Zentrümser die stillschweigend. Kamerad Sachse bezeichnete zwar derb aber treffend die Manier des Herrn Giesberts als die eines Hausrechtlers (für die Zentrumspartei).

Abg. Giesberts kam an dem Tage auch auf die Knappschaftsdebatte vom 16., 17. und 18. Januar d. J. zu sprechen! Er hat aber kein Wort von seiner damaligen Erklärung, die Gewerbevereinsdeputation habe der Zentrumsfraktion die Annahme des verhungerten Knappschaftsgesetzes geraten, zurückgenommen!!!

Wir meinen, nunmehr könnten selbst die Vergnappensleute einsehen, daß die ganze Giesbertsrede in Vorbad für die Kay gewesen ist. Er kann tatsächlich seine Erklärung vom 18. Januar nicht als irrig bezeichnen.

Auch Franz Behrens probuzierte sich als „Arbeitervertreter!“ Er, der in der Vereinsgesetzdebatte den Kämpfern für ein arbeiterfreundliches Vereinsgesetz schmähtlich in den Rücken fiel, er, Franz Behrens, ausgerechnet der Generalsekretär Franz Behrens (!!) wollte fast Tränen vergießen darüber, daß Emmele und Sachse „Uneingigkeit in die Debatte“ getragen hätten! Eine solche bodenlose Dreistigkeit ist so überwältigend, daß man nur noch hellaufpassen kann über diesen — Generalsekretär. Franz Behrens erzählte bewegten Herzens auch den Reichstagsgenossen, wie er jetzt arg behandelt würde, wo er doch das Beste gewollt. Er sei Vorstandsmitglied im Erzgrubenverband und vertrete dort nur die Interessen der Arbeiter! Große Feitheit! Beim Vereinsgesetz habe er als Arbeiterfreund gehandelt, alles was gegen ihn gesagt würde sei lächerliche Freveltat.

Daraufhin ging Herr Abg. Johann Giesberts auf die Reichstagstribüne und erklärte feierlichst: „Behrens hat Recht! Niemand kann ihn Arbeitervertreter nennen. Die christlichen Gewerkschaften haben ihm das Vertrauen ausgesprochen!“ Daburd war Franz Behrens durch Johann Giesberts vor der Weltgeschichte gerechtfertigt. Drei Wochen vorher donnerte Herr Giesberts gegen das Vereinsgesetz, verurteilte erbarmungslos die Bloßbrüder, verhöhnte die Freisinnigen wegen ihres Unfalls, bezichtigte sie der Arbeiterfeindschaft, wer für den Sprachenparagrafen usw. gestimmt hätte, habe die demokratischen Grundzüge preisgegeben, verdiene das Vertrauen der Arbeiter nicht mehr usw.

Drei Wochen nur gingen ins Land, da erklärte Herr Abgeordneter Giesberts wieder von der Reichstagstribüne herab, der Abg. Behrens, der nachweislich mit den Junkern, Nationalliberalen, Freisinnigen für den Sprachenparagrafen gestimmt hat, obgleich ihn als Arbeiterangestellten die lächerliche Bedeutung dieses Paragrafen besser bekannt ist, wie den „freisinnigen“ Doktoren, Vandalen usw., — also Herr Abg. Giesberts erklärte feierlichst, Herr Behrens könne nicht der Vorwurf des Arbeiterverrats gemacht werden, er besitze „das Vertrauen der christlichen Gewerkschaften!“ Wehe dem, der Böses dabei denkt!

Zwischen weniger Wochen ein vollständiger Umfall Giesberts, der über freisinnigen Unfall höhnt! Am 6. April sind nach Herrn Giesberts die Annahmer des § 7 Vertreter demokratischer Grundzüge, unzuverlässige Arbeiter- und Gewerkschaftsfreunde. Am 28. April stellt Herr Giesberts dem Herrn Franz Behrens, der den § 7 auch annahm, ein Vertrauenszeugnis aus. Ein rührender Akt. Der Großmeister Giesberts beschützt Behrens!

Der diesen Mann entschuldigend, hat natürlich das Recht verloren, die anderen Annahmer des § 7 der Arbeiterfeindschaft zu bezichtigen. Denn keiner weiß besser, was der § 7 bedeutet, wie Behrens.

**Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Der Kaiser hat Behrens berufen!**

Böse Menschen verbreiten das Märchen „unser“ Generalsekretär Franz Behrens habe den unstillbaren Ehrgeiz besessen einen Klappstich im Deutschen Reichstag zu bekommen. Es lebt eben die Welt, das Strahlende zu schwärzen und das Gehabene in den Rot zu ziehen. Tatsächlich wollte Franz Behrens gar nicht Reichstagsmitglied werden, mit Händen und Füßen hat er sich gegen die Ueberrahme der Kandidatur (in Wehlar-Altenkirchen) gestraubt. Sogar als ihm, dem Vertreter der

„christlich-ewangelischen Weltanschauung“, auch die Wählerstimmen des „antinationalen-römischen“ Zentrums gleich im ersten Wahlgang zugesichert wurden, da hat der beschriebene Mann, wie uns von unbedingt zuverlässiger Seite versichert wird, ausgerufen: „Nein! Nein! Nun nehme ich die Kandidatur nicht an! Wahlhilfe vom antideutschen Zentrum kann ich als treudeutscher-ewangelischer Mann nicht annehmen!“ Auf den Knien hat Hoch und Niedrig vor Franz Behrens gelegen, ihn ansehend, doch dem Kreuze Altenkirchen-Wehlar die unerhörte Ehre der Kandidatur des weltberühmten Generalsekretärs zugunten. Aber alles war vergeblich! Franz Behrens bewährte auch in diesem Falle seine anbetungswürdige Prinzipientreue. — Da plötzlich trat ein unvorhergesehenes Ereignis ein! Ein Telegramm aus Berlin kündigte den Wählern an, der Kaiser selbst verlange, daß Franz Behrens kandidiere und gewählt würde!!! Das änderte natürlich die Sachlage vollständig, nun durfte sich Franz nicht mehr sträuben. Und damit auch den ungläubigsten Wählern die Wahrheit nicht verborgen bliebe, wurde folgendes Flugblatt im Kreise verbreitet:

**Wahl-Telegramm!**

„Se. Majestät Kaiser Wilhelm II. forderte aus, Männer aus den unteren Ständen — ein solcher ist Franz Behrens — in den Reichstag zu wählen.“

Ihre vaterländisch und kaisertreu gesinnten Männer des Wahlkreises Wehlar-Altenkirchen hört und beachtet, was unser Kaiser ausdrücklich sagte:

Sendet uns eure Freunde und Kameraden aus eurer Mitte, den einfachen, schlichten Mann aus der Werkstat, der euer Vertrauen besitzt, in die Volksvertretung; der stehe ein für eure Wünsche und Interessen, und freudig werden wir ihn willkommen heißen.

Wähler! Wir freuen uns, euch noch in letzter Stunde diesen ausdrücklich ausgesprochenen Wunsch unseres Kaisers mitteilen zu können, daß ihr einen einfachen, schlichten Mann aus dem geringen Volke, wie Herr Franz Behrens ein solcher ist, wählen sollt.

Der Kaiser wünscht es, und diesen Wunsch sollten alle patriotischen Männer erfüllen helfen und Franz Behrens wählen.

Wähler! Hieran werdet ihr unzweifelhaft erkennen, daß die von liberaler Seite gegen Franz Behrens hinter dessen Rücken betriebene verleumderische Agitation ihr offenes Widerspruchs zu dem kaiserlichen Wunsche steht.

Der Kaiser hat nicht gesagt: Sendet mir einen Bürgermeister oder einen Beamten in den Reichstag, sondern er sagte ausdrücklich: Sendet uns einen Kameraden aus eurer Mitte, den einfachen, schlichten Mann, der euer Vertrauen besitzt, in den Reichstag. Wollt ihr den Wunsch des Kaisers mißachten, dann wählt den Beamtenkandidaten Krämer. Wollt ihr aber den Wunsch des Kaisers erfüllen, und das ist am Stichtage patriotische Pflicht, dann wählt Franz Behrens! Hoch Kaiser und Reich! Der Wahlspruch.

Darauf gingen die Wähler in Stadt und Land hin und wählten Franz Behrens, den einfachen, schlichten Mann, den der Kaiser berufen hatte. Daß ein so hervorragender Mann wegen eines „taktischen Fehlgreifens“ nicht vom Gewerbeverein fallen gelassen werden durfte, werden nun hoffentlich auch seine radikalsten Gegner im Gewerbeverein einsehen.

**Der Fall Behrens**

so betitelt sich ein Flugblatt, das der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter an die Ruhrbergleute richtet — daher ist der Fall Behrens aktuell und man hätte erwarten können, daß der Gewerbeverein in seinem Flugblatt gründlichste Aufklärung über die so eigentümliche Haltung Behrens gegenüber gegeben hätte. Wer diese Aufklärung über den Fall Behrens aber sucht, der wird trotz des vielversprechenden Titels des Flugblattes der Betrogene sein. Ganze 30 Zeilen wendet der Flugblattschreiber auf den „Fall“ an, um dann eine fürchterliche Stillekanonade gegen den Bergarbeiterverband loszulassen. Die Geschichte mit Behrens wird mit großer Eleganz umsprungen und wer hierüber das Flugblatt liest, ist am Ende gerade so klug wie vorher, um so eingehender aber wird die Angelegenheit Spaniol-Heinen-Brodams von dem Flugblattschreiber bearbeitet. Die Wichtigkeit des Flugblattschreibers ist also recht durchsichtig, ob er aber den Zweck erreicht hat, wollen wir nicht behaupten, dazu ist das Flugblatt denn doch zu plump angelegt.

Wir haben in der ersten Notiz schon gesagt, daß wir den verschiedenen Herrschaften noch vor Gericht Gelegenheit geben werden, sich auszusprechen und wir werden inzwischen auch den Ruhrkameraden sagen, was zu sagen ist. Ob dann noch dem Flugblattschreiber und seinen Freunden so „mollig“ zu Mute ist, wie sie sich jetzt anstellen, wird sich noch zeigen.

Von welchem Geiste das Flugblatt getragen ist, zeigt, daß hier dem Verbandsvorstand unverblümt der Vorwurf gemacht wird, er hätte die Ruhrbergleute mit Strafenräubern auf eine Stufe gestellt. Sonst hätte der Verbandsvorstand sich während des großen Streiks keine Revolver angeschafft. Word waren stark Geldunterstützung habe der Verbandsvorstand den streikenden Bergleuten geboten. Nun, wie der Verbandsvorstand die Ruhrbergleute während des Streiks einschätzte, das werden sich diese noch selbst erinnern können. Auch der Flugblattschreiber und die Gewerbevereinsleitung sollten sich erinnern, daß der Verbandsvorstand für die christlichen Bergarbeiter große Summen als Unterstützung übermittelte. Der Gewerbeverein selbst hätte, wenn der Verband ihm nicht Belegsprungen wäre, sehr bald auf dem letzten Loch gepfiffen. Also nur sachte, da drüben im christlichen Lager.

Echt christlich — wie kann es auch anders sein — gelogen ist die Behauptung, daß der Verbandsvorstand Revolver gekauft hätte, um sich gegen die Streikenden wehren zu können. Wir stellen fest, daß der Hauptkassierer Horn aus privaten Mitteln sich einen Revolver angeschafft, nachdem er den Posten eines Kassierers bei uns antrat. Ein weiterer Revolver wurde dem Kastellan des Verwaltungsgebäudes zur Verfügung gestellt und zwar aus Verbandsmitteln, weil dieser allein mit seiner Familie im Verwaltungsgebäude des Verbandes wohnte und der Waffe zur Sicherheit bedurfte. Auch dieser Revolver ist lange vor dem Streik gekauft worden. Sie haben mit dem Streik nichts zu tun und die Verbindung damit herzustellen, dazu bedarf es erst der W.-Glabbacher Verdrehungskunst. Das wäre eine nette Wertschätzung, wenn in einem Geschäft oder in einer Organisation, wo, wie jetzt, Millionen von Mark jährlich in Umlauf sind, nicht dafür gesorgt würde, sich vor Einbrüchen und ähnlichen Fällen auch mit der Waffe in der Hand zu schützen. Das sind wir den Verbandskameraden und auch den Ruhrbergleuten schuldig, daß Vorfrage getroffen wird, daß Verbandsgeider unangestastet bleiben. Wie mag es mit dieser Vorfrage im Gewerbeverein stehen? Etwas anders? Wenn ja, könnte das Spitzduben und Einbrecher zum Besuche daselbst einladen. Wir sind auch offen genug, zu erklären, daß die in Bochum befindlichen Revolver auch hin und wieder probiert wurden auf ihre Gebrauchsfähigkeit und dann wurde nach einer Scherbe geschossen.

Über es gab in der Tat einen Menschen während des Streiks, der für sein Leben flüchtete und sich — ohne erst den Verbandsvorstand zu fragen — einen Revolver kaufte und dieser Mann ist der Schlichter des Gewerkschafts: **Johann Spaniol!** Es ist das derselbe Revolver, den Spaniol in die Versammlungen mitbrachte, um damit zu dokumentieren, daß ihm der Grundsatz: „Eigentum ist heilig“ nicht ganz fremd ist. Den Revolver hat Spaniol von Verbandsmitgliedern gekauft, aber er hat es bis jetzt noch nicht gut gefunden, dem Verbands die Waffe zurückzugeben. Unser Spaniol gab es noch einem Mitglied in Oberhausen — alle übrigen Beamten, vornehmlich der Vorstand des Bergarbeiterverbandes, hatten nicht nötig, Waffen zu tragen und haben solche weder während des Streiks noch sonstwie getan. Im Bergarbeiterverbande gibt kein Beamter, der irgend einem seiner Mitmenschen ein körperliches Leid zugefügt hätte. Das müßte sich besonders die Gewerkschaftsleiter merken und nicht vergessen, daß die Verbandsleitung dieserhalb Gewerkschaftsbeamte schon in Schutz nehmen mußte. Wir haben menschlich geurteilt, zu einer Zeit, wo es nötig war, Begnadigung in die Parade zu fahren, aber wenn der Verbandsvorstand durch solche wahnwitzigen Vorgehensweisen, wie es im Flugblatt geschah, angerempelt und angelogen wird, dann fällt es schwer, an sich zu halten. Hoffentlich genügt dieser Hinweis!

Noch eins. Im Flugblatt wird davon gesprochen, daß Spaniol siebenmal auf den Gruben gemarstet worden sei. Wir erwarten Aufmerksamkeit, wo und wann diese sieben Marstungen wegen der Verbandszugehörigkeit oder wegen der politischen Gesinnung Spaniols erfolgten? Als Verbändler oder Sozialdemokrat war Spaniol — ehe er auf den belben letzten Gruben arbeitete — nicht bekannt. Wir stellen das fest, um jeder Legendenbildung vorzubeugen.

Die „Verbandsblätter“ müßten nur so weiter weiterfragen. Die Ruhrbergleute gegen den Bergarbeiterverband und seine Leitung aufzubringen, dazu fehlt den Verbändlungsmitgliedern der Atem. Das sollte der Gewerkschaft nicht an sich selbst bis jetzt in genügender Weise erfahren haben an dem **Mitgliedsbeschwund im Ruhrbezirk. Inwieweit, derselbe Gewerkschaft, der die gewerkschaftlichen Prinzipien in den Raubfang hängen muß, um sich vor Waffenausstritten zu schützen.** Der Gewerkschaft muß sein Freund von Grubenbesitzerkandidaturen, Herrn Behrens, verhalten auch wegen seiner Stellung zum Vereinsgesetz, als Generalsekretär weiter dulden, also Beamte, gegen die das Gewerkschaftsblatt, der „Bergknappe“, in schroffer Weise Stellung nehmen mußte. So etwas ist bitter und darum verstehen wir das gräuliche Geschimpfe des Flugblattes über uns. Das ist der Unterschied. Wer sich im Bergarbeiterverbande etwas zu Schulden kommen läßt, was den gewerkschaftlichen Prinzipien widerspricht, der hat seine Wege zu gehen, ob er Böhme, Spaniol, Feinen oder sonstwie heißt, im Gewerkschaftverein behalten Leute ihre Stellen, denen man als Gewerkschaftler nicht über den Weg trauen kann und die in ihren Ansichten den Scharfmachern näher stehen, als den Bergarbeitern. Das ist der Stein, über den die genialen christlichen Führer trotz aller erlogenen Flugblätter nicht hinwegkommen. Und das muß sich an den Sittenrichter zu spielen.

(Der von uns weiter oben gebührend gekennzeichnete Schmäherartikel ist inhaltlich auch durch eine große Anzahl anderer Zeitungen geäußert. Wir haben diesen Artikel eine Besichtigung zugehen lassen, außerdem wird der Verbandsvorstand auch gegen sie den Klageweg beschreiten.)

**Glänzende Erfolge des Bergarbeiterverbandes.**  
Am 2. Mai fanden in den neu gebildeten Sprengeln 70a, Wambelkörne und 105a Wengede-Beite die Wahlen statt. Die Verbandskandidaten erhielten im Sprengel 70a 106 bzw. 100, die beiden Kandidaten des Gewerkschafts nur je 28 Stimmen. Im Sprengel 105a erhielten die Verbandskandidaten 222 bzw. 219, die Wahlen je 204, die Kandidaten des Gewerkschafts 40 bzw. 37 Stimmen. Das ist die Antwort der Bergarbeiter auf die heillosen Beschimpfungen des Verbands in Sudelungsblättern, wie wir sie auch weiter oben schon gebührend gekennzeichnet haben.

**Ein Vertrauensvotum für den Vorstand des Bergarbeiterverbandes**  
in der Angelegenheit Spaniol wurde am vergangenen Sonntag in einer gemeinschaftlichen Versammlung der **Zahlflecken Stierkade I und II und Osterfeld** gefaßt. Damit ist auch diese Hoffnung der Gegner zu Schanden geworden. Bekanntlich hatten in einer früheren Versammlung sich eine Anzahl Mitglieder gegen das Vorgehen des Vorstandes gewandt und eine diesbezügliche Resolution angenommen. Die Gegner schrien vor Entzücken. Nun liegt der Beschluß der ordentlichen Mitgliederversammlung vor und ist der Ausgang ein solcher, mit dem die Kameraden sowie der Vorstand sehr zufrieden sein können.

**Wobelschwingh.** Am vergangenen Sonntag den 26. April tagte hier in großen Vergnügungssaale eine Delegationsversammlung der Bege Westhausen, die so stark besucht war, wie sie Wobelschwingh noch nicht gesehen hat. Die Versammlung hatte Stellung zu nehmen zu der wiederholt erfolgten Kündigung einer Anzahl Delegationsmitglieder. Im vorigen Monat wurde dem Vertrauensmann, sowie einem Ortsverwaltungsmitglied des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands und in diesem Monat wiederum 10 Mann, darunter der Vertrauensmann des „christlichen“ Gewerkschafts, gekündigt. Als Referenten waren erschienen vom Gewerkschaftsverband Westhausen und vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands Vortels-Dortmund. Bege Westhausen war die einzige Bege des hiesigen Reviers, die sich an dem großen Streik 1905 nicht beteiligte. Später wurde denn auch der Betriebsführer dieser Bege, jehiger Privatier Breidenbruch, für hervorragende Verdienste mit dem Kronenorden dekoriert. Als Dank „vom Hauje Westerrich“ — für die im Streik erwiesene Treue und untertänige Willfährigkeit — werden jetzt eine Anzahl wichtige Arbeiter gekündigt. Mandes hat sich allerdings seit dem großen Streik auch in Wobelschwingh gewaltig geändert. 1905 fehlte noch jede Organisation. Heute aber weisen auch in Wobelschwingh die Organisationen eine beträchtliche Mitgliederzahl auf. Wenn früher unter der Herrschaft des Fehngewaltigen kein Arbeiter es wagte, den Mund aufzutun, um zu reden, so hat diese Versammlung ein anderes Bild gezeigt. Zahlreich wurden von den Kameraden die Mitglieder aufgeleitet, und zwar auch einige, die direkt gegen die Bergpolizeiverordnung verstoßen. Es würde zu weit gehen, wenn wir auf all das Vorgebrachte hier des einzelnen eingehen müßten. Daher sei von all den Fällen hier nur einer erwähnt: Auf Bege Westhausen hat man eine Zeit lang einen Wetterkontrollen beschäftigt, der früher Jauerntschicht, zur ein paar Monate als Lehrhauer tätig war. Hier hat man also einen ganz unfähigen Menschen zu einem der verantwortlichen Posten — von dem so viel für Leben und Gesundheit der ganzen großen Bege abhängt — ernannt. Auf all diese schiefen Zustände müßten die anwesenden Beamten trotz wiederholter Aufforderung nichts zu erwidern!! Wenn man in dieser Weise fortfährt, die Arbeiter auf Bege Westhausen zu setzen, dann wird man es noch erleben können, daß Bege Westhausen einmal den Antrag zu einem Streik gibt und nicht wie 1905 — was heute von der Bege Westhausen bitter beklagt wird — einem solchen teilnahmslos gegenüber steht. Die richtige Antwort auf die erfolgten Kündigungen bestand darin, daß sich nach Schluß der Versammlung eine Anzahl Kameraden der Organisation angeschlossen. Hoffentlich folgen auch die übrigen diesem Beispiel.

**Solterhausen v. B.** Am 24. April fand vor dem Schöffengericht in Herne Verhandlung gegen den früheren Voten unseres Verbandes, Pawlowski, Solterhausen wegen Unterschlagung statt. Der Angeklagte hatte 240 Mark und 40 Pf. aus alten Büchern gelöst und sie an die Verbandsmitglieder wieder verkauft. Er wurde deshalb vom Schöffengericht in Herne zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten und zur Tragung der Kosten verurteilt.

**Solterhausen v. B.** Mit den Christlichen und Fisch-Dunder-igen scheint es hier über bestialt zu sein, denn ihre Agitatoren laufen

von Haus zu Haus, um uns die Mitglieber abzutreiben. Eine solche Kampfmethode ist nicht gerade ehrlich. Auch gibt es Unorganisierte genug, warum wendet man sich nicht an deren Adresse?

**Portkernmarkt.** Der Zentrumsknappe gefaßt sich immer mehr darin, im Gewande der verlogenen Unschuld unseren Verband herunterzureißen und zu verächtlichen, und zwar gefaßt in einer Art, die sehr lebhaft an Augustus Hadenstall erinnert. Nichts weniger als die Verfolgung der liebreiche Schreibe des „Zentrumsknappe“ verfolgen, müssen den Grund gewinnen, unsere Verbandsmitglieder seien zu allem fähig, wüßig demokratischer Subjekte. Wie eine solche Schreibe mit den Grundfragen des Christentums zu vereinbaren ist, wird wohl das Geheißnis des „christlichen“, nationalen und international-sozialen „Zentrumsknappe“ bleiben. In seiner Nr. 15 urteilt er wieder zur Abwechslung über den Zusammenbruch eines Konsumvereins in Oberhausen, wobei er in bekannt christlicher Wahrheitsliebe und unter freiem Augenverbrechen diese Sache dem Verband an die Rockschiffe zu hängen sucht, obwohl man sehr gut weiß, daß dieser nicht das mindeste damit zu tun hat. Unser Verband hat weder mit dem Oberhaufen, noch mit irgend einem anderen Konsumverein etwas zu tun. Das weiß auch der „Zentrumsknappe“ sehr gut, und es ist jedenfalls ein trauriger Beweis für seine Weisheit, wenn er mit solchen Argumenten, die wie die Faust aufs Auge passen, gegen uns ankämpfen sucht. Man sollte doch lieber vor der eigenen Tür stehen, oder hat man den Überaus klüglichen Zusammenbruch der christlichen Großeinlaufs-Gesellschaft in W. Labbad, dem Sitz aller christlichen Zentrumsknappe, vergessen? Duzende solcher Fälle könnten wir anführen, wo arme Arbeiter durch Zusammenbruch christlicher Konsumvereine um ihre Spargrößen erleichtert wurden. Doch das würde zu weit führen. Wir wollen von den vielen Fällen nur den zusammengefaßten christlichen Konsum in Portkernmarkt herausgreifen. Nur Mitglieder des Zentrumsgewerkschafts wurden in diesem Konsum aufgenommen und die Waren wurden auch gegen Verzeigung des Mitgliebsbuches des Gewerkschafts verabsolgt. Über auch diese von echt christlichem Geist geleitete Gründung trachte zusammen, und den Mitgliebern, zumeist arme Arbeiter, rühte der Gerichtsvoollzieher ins Haus. Wir können zahlreiche Fälle anführen, wo arme Arbeiter, die infolge des Streiks 1905 ohnehin schon in eine außerordentlich bedrängte Lage gekommen waren, vom Gerichtsvoollzieher bedrängt wurden, wie arme Frauen und Kinder sich dadurch die Wunden vom Munde abknöpfen mußten. Warum teilt der Zentrumsknappe seinen Lesern solche Geschichten nicht mit?

**Sünder.** Daß die freien Gewerkschaften im Kampfe gegen das Kapital auf dem richtigen Wege sind, beweist uns am besten deren Bekämpfung. In einem Artikel haben wir schon einmal festgestellt, daß sich Gewerkschaften, Gelehrte, Lehrer, Zunftmeister und Barbier an der Bekämpfung der freien Gewerkschaften in einem Bunde zusammengeschlossen haben. Die unlauteften Mittel werden angewandt, um die Mitglieber abzutreiben oder uns anzukämpfen. Ob das mit den Grundfragen des Christentums zu vereinbaren ist oder nicht, kümmert sie wenig oder gar nicht. Die Krone in diesem Kampfe scheint der evang. Rektor Hof erworben zu wollen. Kommt dieser Mann bei einem Mitgliebe, das in seinem Garten beschäftigt war, und stellt an dieses die Frage: Sie gehören dem Verbands an? welche dieser bejahte. Nun verkündete der Herr Rektor diesem Mann folgenden Satz: **Dein Bruder wird am 28. Mai 1905 14 Jahre alt und wenn Du nicht aus dem Verbands austriffst, kommt derselbe nicht mit zur Konfirmation.** Gehört eine derartige Tätigkeit gegen unseren Verband wirklich zu den Aufgaben eines Rektors, der auch von den Steuergrößen der Arbeiter bezahlt wird? Auch der Herr Rektor nimmt das Recht für sich in Anspruch, nach Verbesserung seiner Lage zu streben und er hat darum kein Recht, die Arbeiter, welche wirtschaftlich viel schlechter gestellt sind, wie ein Rektor, an gleichen Stellen zu hindern? Wie läßt sich übrigens ein solches Verhalten mit den Lehren des großen Nazareners von der christlichen Nächsten- und Friedensliebe vereinbaren?

**Sünder.** Julius Habel als Verbandsdiener! Hier hat sich seit Jahresfrist ein „Kamerad“ niedergelassen, welcher freilich der Gekler Zahlflecke angehört und dort aus dem Verbands ausgeschlossen wurde. Seit einiger Zeit gibt er sich alle Mühe, unsere Zahlflecke zu gesplitteln. Vom Vertrauensmann darüber zur Rede gestellt, bestritt er ganz entschieden dem Verband Bezug der Zahlflecke Sünderich etwas am Zuge stehen zu wollen. Trotzdem fällt er hinterher immer wieder über die Ortsverwaltung im allgemeinen und über den Vertrauensmann im besonderen her. Am 27. März wurde dieser Musterhabe auf freier Tat erfaßt, als er bei einem Verbandsmitglied auf Besuch weilte und dieses aus dem Verbands zu schwören versuchte. Als in diesem Augenblicke der Zeitungsbote eintrat, um die „Bergarbeiter-Zeitung“ zu bringen, rief ihm Julius Habel zu: „Nimm nur Dein Käsebäckchen wieder mit, denn dieser läßt sich so freuen.“ Habel hatte damit aber kein Glück und mußte abgehen. Einige Tage später sprach Habel in der Schöpferischen Wirtschaft damit, er hätte dem Verbands wieder einige Mitglieber abgejagt. Inzwischen kam derselbe auch über den Verbandsvorstand schimpfen und die unfürkigsten Behauptungen aufstellen. So erzählt er, daß im Jahre 1905 nach dem Streik, trotzdem er mehrmals gemarstet worden und den Vorstand fünfmal um Unterfückung angegangen, diese ihn vornehmhalten worden sei, jedoch er mit seiner Familie hätte hungern müssen. An der ganzen Geschichte ist kein wahres Wort. Wir ermahnen unsere Verbandskameraden daher, diesem Verbandsfähiger etwas schärfer auf die Finger zu setzen.

**Oberbergamtsbezirk Bonn.**

**Aus dem Saarebevier. „Christliche“ Hlegerei.** Den „Christen“ schmerzt die Fahnenflucht der Mehrheit ihrer Mitglieder im Saargebiet und hauptsächlich in der Pfalz gewaltig und suchen sie mit allen, auch den schärfsten Mitteln, dieser Fahnenflucht zu steuern, zum wenigsten dem Verband das Feld freitrag zu machen. Erst versuchten sie es damit, Redner in unsere Versammlungen zu schicken, allerdings die Generäle, Generalsekretäre, Sekretäre und Untersekretäre blieben hübsch zu Hause, dafür jagten sie irgend einen hilflosen, fanatischen Vertrauensmann oder sonstige Dorgrößen in unsere Versammlungen, um zum Schluß als der blamierte Europäer abzugeben. Die keinen Dorgrößen haben allmählich die Lust verloren, mit uns zu diskutieren, suchen deshalb auf andere Weise uns zu „widerlegen“. Auf den Dörfern in der Pfalz finden die Versammlungen meistens in der Wirtschaft statt und jeder Gast nimmt ungeniert daran teil. Es versteht sich nun von selbst, daß während den Verhandlungen die Gäste ruhig sind und bisher konnten wir auch darüber nicht klagen. Sobald eine Versammlung eröffnet wurde, verflümmerte die Unterhaltungen, die Kartenpieler legten auf Ansuchen des Leiters die Karten nieder, ließen das Spiel so lange ruhen, wie die Versammlung dauerte und verhielten sich ruhig. In Dursweiler bei Waldmohr in der Pfalz, müßten wir am vergangenen Sonntag den Kartenpieler weichen! Die große Wirtschaft beim Wirt Müller war dicht besetzt, daß wir uns eine gute Versammlung versprachen. Die „Christen“ hatten die Trümmer ihrer „Armeen“ ebenfalls auf die Beine gebracht, hatten zwei bis drei Tische besetzt und fingen kurz vor Beginn der Versammlung an, Karten zu spielen, ließen sich auch durch die Aufforderung Heterichs, während der Versammlung aufzuführen, nicht stören, während der Wirt sich nicht getraute, ihnen das Spielen direkt zu verbieten. Als Kamerad Leimpefers zu sprechen anfing, schlugen die „Christen“ mit ihren „Trümpfen“ darauf auf die Tische, daß die Gläser hochsprangen. Dabei führten sie ihre Spielunterhaltung so laut, daß der Redner den „christlichen“ Bärm gar nicht überhören konnte. Besonders tat sich der Bergmann Daniel Wagner, als „Christ“ w o h l s e t a n n t, hervor, der laut schrie und wie toll auf den Tisch schlug. Der Unwille der Versammelten gegen die Hlegerei störte die „Christen“ so sehr, daß sie nicht mehr ruhig waren und unser Redner seinen Vortrag abbrechen mußte. Dennoch traten einige christliche Mitglieder zum Verbands über, die das Schreiben ihrer Konfession angefaßt hatte. Gegen eine solche Kampfmethode ist man machtlos, falls man nicht mit Biergläsern „reden“ will, was wir aber den Zentrumsknappe überlassen wollen. Dieser einmal gelungene Trick wird zum zweiten Mal nicht wieder glücken und das können wir den Christen heute schon sagen, wenn sie keine anderen Trümpfe gegen uns auszuspielen haben, als Kreuzbuben werden sie auf die Dauer das Spiel totger verlieren. Wie würden die „Christen“ über sozialdemokratischen Terrorismus! schreien, wären es freie Gewerkschaftler gewesen, die einen „christlichen“ Redner mit Kreuzbuben übertrumpft hätten. Christliche Erziehung, christliche Hlegerei!

**Hannover, Braunschweig, Hesen-Dippe.**

**Ein Vergrat als Scharfmacher.** Auf dem Kohlenbergwerk Hertha am Deister brach im Späthommer des vorigen Jahres ein Streik aus, der nach sechswochiger Dauer erfolglos abgebrochen werden mußte. Im Jahresbericht der preussischen Bergbehörden für 1907 fällt nun der Vergrat Most über diesen Streik folgendes auffällige Urteil:

„Der vom 31. August bis 21. Oktober 1907 dauernde Ausstand auf dem Kohlenwerk Hertha bei Breitenbach, Kreis Minden, Regierungsbezirk Hannover, ist wohl als eine Folge des vorjährigen Ausstandes anzusehen, bei welchem sich die Werksleitung etwas gar zu nachgiebig gezeigt. Auch dieser Ausstand ist, wie der vorjährige, auf die Aufrechterhaltung der Belegschaft durch Vertrauensleute des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands zurückzuführen. Den äußeren Anlaß gab auch diesmal die Bedingefestsetzung für den Wagen Kohle.“

Weber war der Streik „eine Folge des vorjährigen Ausstandes“ noch „wie der vorjährige auf die Aufrechterhaltung der Belegschaft durch Vertrauensleute des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands zurückzuführen“. Einzig die Bedingefestsetzung war die Ursache, nicht nur der „äußere Anlaß“. Wenn also irgend jemand die Belegschaft aufgereizt hat, dann nicht die Vertrauensleute des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, sondern lediglich die Werksleitung und zwar durch Märgelung des Gedinges. Das sonderbare Urteil beruht um so eigenartiger, weil die streikenden Arbeiter Herrn Most um Vermittelung angegangen waren, dieser aber von der Werksleitung einen Koeb erhalten hatte. Ist denn dem Beamten bei der Niederschrift nicht der Gedanke gekommen, daß sein Urteil einer grundlosen Scharfmachererei verzeufelt ähnlich sieht und wie eine solche wirken könnte? Und da wundern sich die staatlichen Aufsichtsbeamten noch, daß die Arbeiter ihnen mit wenig Vertrauen entgegenkommen!

**Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.**

**Grube Union.** Infolge des schlechten Geschäftsganges erachtet der Betriebsführer Graupner die Zeit für gekommen, wo er die Arbeiter seine Macht fühlen läßt. Am 15. April wurden auf allen Brucharbeiten 1—2 Pfg. per Wagen abgezogen. Trotzdem die Arbeiter durch angestrengtes Schuften nichts verdienen können, wird ihnen fortwährend abgezogen. Besonders hat es der Herr Betriebsführer Graupner auf die älteren Leute abgesehen. Jüngere Leute, auf der Strafe aufgesehen, arbeiten unter Tage im Schichtlohn, die keine Blasse Ahnung vom Vergbau haben. Arbeiter, die zwölf bis zwanzig Jahre als Bauer tätig waren, müssen über Tage für einen Hungerlohn arbeiten. Auch läßt die Behandlung seitens Graupners viel zu wünschen übrig. Am 18. April schimpfte er die Arbeiter liebreiche Worte. Als ihn ein Arbeiter nach der Schicht darüber zur Rede stellen wollte, schaltete ihn beim Betreten des Kontors vom Herrn Betriebsführer das Kommando entgegen: „eins, zwei — raus!“ worauf der Arbeiter das Kontor verlassen mußte. Wir raten dem Herrn Betriebsführer Graupner, seine Kommandobefehl zur Befestigung der Mitstände in der Grube zu verwenden. So sind die Streiken in so schlechtem Zustande, daß die Leute Angst haben, ihre gesunden Knochen einbüßen zu müssen. Es fehlt überall an Raubrettern, auf den Seiten liegen Kohlenhaufen, daß die Wagenräder im Schlamm laufen, trotzdem müssen die Leute zwei Wagen schieben. Weiter sind auch die Trinkwasserbehälter in schlechtem Zustande. Es sind erstens alte abgelegte Bierfässer, und zweitens fließt der Schlamm fingerdick drin. Wo bleiben die Maßnahmen zur Verhütung der Wirtumkrankheit? Wo bleibt die Wabeanfakt? Sollen vielleicht die Pfählen, die in der Deutekute vorhanden sind, die Wabeanfakt abgeben? Für Brausen ist auch gesorgt. Diese geben die launten Dampfprobe, die die Deutekute durchqueren, ab. Wir erwarten, daß die Bergbesitzer und die Direktion einmal nach dem Mechten sehen, im andern Falle die Arbeiter zur Selbsthilfe greifen müssen.

**Königreich Sachsen.**

**Gersdorf. Johann Schwarz.** Wie die Arbeiter ihre Toten ehren, konnte man am besten bei dem Begräbnis unseres Kameraden Johann Schwarz wieder sehen. Ueber 500 Verbändler hatten es sich zur Pflicht gemacht, ihrem Johann die letzte Ehre zu erwiesen. Am Grabe hielt der Kamerad W. Krause aus Lugau eine ergreifende Ansprache, in der er in bewegten Worten das Leben und Wirken des von allen, die ihn kannten, geliebten und geachteten Kameraden schilderte. Der Verstorbene ist ein Opfer seines Berufes geworden, wodurch ein Familienglück jäh zerstört wurde. Was ihn uns unvergesslich macht ist, daß, wenn der Ruf an ihn erging, Pflichten zu erfüllen, er immer als erster zur Stelle war. Er war ein guter Kamerad, der sich stets selbstlos in den Dienst seiner Mitmenschen stellte. Gerechtigkeit, Wahrheit, Freiheit und Liebe zu seinen Mitmenschen waren in seinem Johann Schwarz verkörpert. Gerade dieses Edle und Gute seines Charakters wird ihn in den Herzen aller, die ihn kannten, einen dauernden Denkstein setzen. Was er uns, seinen Freunden, als treuer Kamerad und guter Berater gemessen, das war er noch in viel höherem Sinne als Ehemann seiner nun trauernden Witwe, als Vater seiner Kinder. Ein Leben der Arbeit ist zu Ende gegangen. Aber seine Arbeit lebt und wird, wenn sie im Geiste weitergeführt, uns für diesen schweren Verlust reichlich entschädigen. In dieser Hoffnung und mit dem Versprechen, das zu vollenden, was dir im Leben nicht vergönnt war, nehmen wir von dir alter Freund Abschied. Bei diesen Worten stieß so manche Träne, selbst von ergrauten Bergarbeitern, die schon oftmals in der Grube dem Tod ins Auge geschaut. Sie alle wußten eben, was wir in Schwarz verloren haben. Ein von den Arbeiter-Sängern am Grabe vorgetragen Lied: „Hier unten ist Frieden“ — und durch Niederlegen von zahlreichen Kränzen und Palmen fand die würdige Feiere ihr Ende. Johann Schwarz wurde am 18. Oktober 1888 in Kostelitz in Böhmen geboren. Schon in der frühen Jugend, fast noch als Kind, mußte er im Schacht hart arbeiten und zum Lebensunterhalt beitragen. Über schon im Jahre 1882 nach dem Bergarbeiterstreik im dortigen Revier, wurde er, noch nicht 24 Jahre alt, als Feher und Aufwieger verpöbt und vertrieben, jedoch für ihn in seinem Heimatlande Böhmen, von dem er immer mit Begeisterung sprach, kein Aufenthalt mehr war. Er kam nach Sachsen, seiner zweiten Heimat, wie er es nannte. Wenn man die ausländischen Arbeiter damals mit Mißtrauen kommen sah und wir mit ihnen verkehrten, so gelang es unserm Schwarz recht bald, als er der deutschen Sprache mächtig war, dieses Hindernis zu beseitigen. Sein tiefes Verständnis für die Arbeiterbewegung, woran es zu dieser Zeit noch in unserm Revier sehr mangelte, sowie sein praktisches Denken und Handeln in kritischen Augenblicken, erwarben ihm bald das Vertrauen aller, die mit ihm verkehrten. Er war es, der durch geschicktes Handeln zum 1889er Streik die Verbindung zwischen den hiesigen und ausländischen Arbeitern herstellte, die Arbeiter vom Streikbruch zurückhielt, ohne daß sie ausgewiesen wurden. Mit feurigen Worten wußte er auch seine Landsleute beim Bergarbeiterstreik im Jahre 1900 von der Notwendigkeit der Arbeiterbewegung zu überzeugen und sie zum größten Teile von der Arbeit fernzuhalten. Nur einer amtschauptmannschaftlichen Verfügung war es zuzuschreiben, daß viele Ausländer zu Arbeitswilligen wurden, weil sie innerhalb 24 Stunden nachweisen sollten, daß sie bei ihrem alten Arbeitgeber wieder beschäftigt wurden, andernfalls sollten sie ausgewiesen werden. Nur Schwarz ließ es an sich kommen; er beschwerte sich beim österreichischen Konsul. Auch die Streikleitung hatte sich sofort telegraphisch beim Minister Wegsch über die drakonische Verfügung beschwert. Aber die Antwort, daß die Verfügung nicht zu revidiert werden kann, als es spät war. Schwarz gehörte mit zu den zweihundert Ausgesperrten, für die es im Revier keine Arbeit gab. Nur sein kluges taktisches Benehmen bewahrte ihn vor der Ausweisung, die ihm mehrmals drohte. Er ging nach Westfalen, aber auch dortin verfolgte man ihn, indem den Werksverwaltungen mitgeteilt wurde, daß die dort in Arbeit getretenen Sachsen ausgesperrte Streikbrüder seien. Zum Glück kümmerten sich die Unternehmer nicht darum und ließen die sächsischen Mitfahrer in ihren Gruben schuften, wie es auch hiesige Grubenbesitzer getan, die sich streikende böhmische Arbeiter holten, um die hiesigen Ausgesperrten zu ersetzen. Nach längerem Aufenthalt in Westfalen kehrte Schwarz auf wiederholtes Witten seiner Frau, welche krankheitshalber nicht mit nach Westfalen konnte, nach Gersdorf zurück und erhielt auf Gehwichtigacht Arbeit. Wenn es ihm auch nicht vergönnt war, als sächsischer Staatsangehöriger zu sterben — sein mehrmaliger Versuch, sich zu naturalisieren, scheiterte an dem Bedenken der Behörden, denen er von seiner Heimat aus als ein ganz schlauer Agitator usw. empfohlen war — so wird er auch als Ausländer den Bergarbeitern im Lugau-Deßnitzer Revier unvergesslich bleiben.

**Gersdorf.** Im Deßnig-Lugauer Kassenvertreterverein wurde am Sonntag, den 5. April u. a. der Antrag gestellt, (auf Grund des Artikels in der „Bergarbeiterzeitung“ und Volksstimme die Anstellung eines Spezialarztes betr.) eine Kommission von drei Mann zu wählen, welche die nötigen Unterlagen schaffen soll, um zu frei, ob ein Spezialarzt erziehußfähig ist oder nicht. Diesem gemäß sehr wichtigen Antrag stimmten fünf ganz Mitglieder zu und vier stimmten dagegen, die übrigen entziffen sich der Stimme. Einer stimmte sogar dagegen, weil er das Wort nicht noch einmal erhielt, wiewohl er sich erst dafür ausgesprochen hatte. Hier ist nun zu sehen, wie ernst diese Vertreter ihre Eigenhaft als solche nehmen. In einem Verein, in welchem die materiellen Interessen der Massen gewahrt und gefördert werden sollen, ist nun diese Interesslosigkeit vorhanden. Weist sind es nur die jüngeren Vertreter, welche amwesend sind, viele langjährige Vertreter halten es gar nicht für nötig mehr hinzukommen. Entweder heißt es, der Weg ist zu weit, oder es wird nur leeres Stroh gedroschen. Wenn aber nun diese langjährigen



Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Heterodorf. Jeden zweiten Sonntag, abends 8 Uhr, im Gasthof Burgberg...

Jeden Sonntag nach dem 6. des Monats:

Abends 8 Uhr, im Gasthof des Herrn D. Zahn, Dörliger Platz...

Jeden zweiten Sonntag im Monat:

Verstaben. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Stübemann, Grenzstraße...

Wien-Weiß-Brühhaus. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn H. Müller...

Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Abbild. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Krause...

Fachschulunterricht. Nachschullehre in der Selbstverwaltung...

Bergmann aufgewacht! Eine neue Ansichtskarte mit einem prächtigen Gesicht...

Tapeten, Farben, Lacke, Pinsel, Glas im Ausschnitt...

Nur für Gewerkschaftler und Parteigenossen! Neue u. getragene Anzüge...

Ich gebe über 50000 Kasiermesser fast zum Selbstkostenpreis ab...

Kameraden, die ihre freie Zeit durch Nebenverdienst ausfüllen wollen...

Billige böhmische Bettfedern. 10 Pfund neue gute...

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntag, den 10. Mai 1908: Weuthen-Neuberg. Nachmittags 2 Uhr, im Gemeindefestlokal...

Sonntag, den 17. Mai 1908: Dortmund, Ebing, Einbeckerhof und Deufen...

Achtung! Wanne Achtung! Sonntag, den 17. Mai, nachmittags 4 Uhr...

Polnische Bergarbeiter-Versammlung. Tagesordnung: Welche Stellung wollen die polnischen Bergarbeiter...

Wenn wir Sie sprechen könnten. Anzugstoffen, Paletstoffen, Hosenstoffen...

Arbeiter-Wanderklub Vorwärts. Holthausen-Winkhausen. Erstes Stiftungsfest...

Referenten-Führer. So betitelt sich ein von Eduard David herausgegebenes Büchlein...

Verfahren vor dem Berg-Gewerbegericht. Das Schriftchen gibt Aufklärung über die Rechte...

Liebhaber. eines zarten reinen Gesichts mit rosigen jugendfrischen Aussehen...

Lyra-Fahrräder. Anerkannt bestes Rad. Unerprobt in Qualität und Ausstattung...

Achtung Hiesfeld! Den Bergarbeitern von Hiesfeld und Schmaltenberg...

Einweihungs-Feier meiner neubauten Wirtschaft. Rattfudet, wozu ich die Bergarbeiter hierdurch freundlich einlade...

Deutsche erhaltene Roland-Fahrer. Motorwagen, Motorräder, Schreibmaschinen...

Prachtkinderwagen. Berden sich selbständig auf- u. niederbewegend, erhalten Sie elegant zum Jahrespreis...

Zahlstellen-Seste. Meuselwitz. Sonntag, 10. Mai, nachmittags 6 Uhr...

Zahlstelle Weitmar II. Sonntag, den 10. Mai 1908, nachmittags 6 Uhr...

Sie sparen viel Geld wenn Sie bei Bedarf von Fahrrädern und Fahrrad-Zubehörteilen...

Lyra-Fahrräder. Komplet mit Gummi von 53 bis zu den feinsten Luxus-Modellen...

Sie sparen viel Geld, wenn Sie statt der teuren Fabrikate, meine tausendfach bewährte extra starke...

Hohen Nebenverdienst. Kann sich jeder Bergarbeiter, auch Frauen erwerben durch den Verkauf...

Solidaria-Fahrräder. Das beste Rad der Gegenwart! Lieferung zur Wunschzeit...

Bochum. Die Gewerkschafts-Bibliothek. Ihre besten Sonntag, vormittags von 9 1/2 bis 11 1/2 Uhr...

Herno. (Unlebensverpflichtet) Meinem lieben Mann Julius Feuerer zu seinem am 2. Mai er stattgefundenen 82. Geburtstag...

Gluck- und Segenswünsche! Gewidmet von seiner lieben Frau. Nach Resse!

Jonass & Co. Berlin SW. 258. Belle Alliancestraße 8. Siefern gegen kleine monatliche Teilzahlungen...

Strickmaschinen. Sind das beste Erwerbemittel. Auch auf Zeitzahl. Muster-Prachtkatalog geg. 30 Pf. Briefm. B. Kirsch, Döbeln.

Recklinghauser Polizeiprozesses. Kann von allen Bezogen werden. Einzelbezug 15 Pf. In Partien für organisierte Arbeiter...